

Bezugspreis: Für den Monat März 1923 M. 1200...

Vorwärts Berliner Volksblatt

Anzeigenpreis: Die einseitige Reklametexte...

Anzeigen für die nächste Nummer...

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 27. Februar 1923

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Es wird weiter beseht!

Caub, Bacharach, Lorch beseht.

Frankfurt a. M., 26. Februar. (WIZ.) Wie die „Frankfurter Zeitung“ berichtet...

Bochum unter der Diktatur des Terrors.

Bochum, 26. Februar. (WIZ.) Seit gestern morgen ist die innere Stadt vollkommen durch die Franzosen abgesperrt...

Bochum, 26. Februar. (II.) Der kommandierende General...

Der kommandierende General hat für Bochum eine Verordnung erlassen...

Die Zerstörung der Bochumer Handelskammer.

Essen, 26. Februar. (WIZ.) Die Handelskammer zu Bochum...

Im Dunkel der Nacht vom 23. zum 24. Februar 1923 haben französische Truppen unter Führung von Offizieren das Geschäftsgebäude der Handelskammer zu Bochum vollständig ausgeraubt...

Dortmund, 26. Februar. (II.) In Herbede sind die Stadtzugänge von französischer Posten beseht.

Eisenbahnbedienstete werden angehalten und am Verlassen des Stadtgebietes verhindert.

Protest gegen die Terrorakte.

Die deutsche Regierung hat der französischen Regierung eine Note überreichen lassen...

Nach der Behandlung, so heißt es in der Note wörtlich weiter, die den deutschen Protesten bisher zuteil geworden ist...

23. und 24. Februar, über die Bluttaten in Bochum vom 22. Februar, über die Gewalttaten in Recklinghausen...

Ausbreitungen in Oberstein.

Oberstein, 26. Februar. (WIZ.) Gestern Abend kam es in den Straßen von Oberstein zu schweren Ausschreitungen der Besatzungstruppen...

Die geraubten Reichsbankmilliarden.

Berlin, 26. Februar. (II.) Ueber die Beschlagnahme der Milliarden der Reichsbank in Hengstey durch die Franzosen...

Selbst Umzugsgut wird geraubt.

Essen, 26. Februar. (WIZ.) Die Kontrolle der aus dem Einbruchgebiet ausgeführten Waren...

Zur Interventionsfrage.

Die noch unklaren und unbefriedigenden Nachrichten von einer möglichen englisch-amerikanischen Intervention...

Der „Tag“ muß über besonders gute Informationen verfügen, wenn er Grund zu der Annahme hat, daß sich Frankreich nach einer Intervention sehnt...

Im übrigen möchten wir den „Tag“ und die ihm gleichstrebenden Presseorgane fragen, wie sie sich eigentlich die Lösung des Ruhrtonfalls vorstellen...

Italienisches Grünbuch über London und Paris

Rom, 26. Februar. (GG.) Die Regierungen von Rom, Paris und London beschließen, die Dokumente zu veröffentlichen...

Steuern und Einheitsfront.

Das Geldentwertungsgezet.

Seit einigen Wochen liegt dem Reichstag ein Gesetzentwurf über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuergeetzen vor...

Man hätte infolgedessen von dem Gesetzentwurf der Regierung erwarten dürfen, daß er in erster Linie dafür sorgen würde, daß die Benachteiligung des Fiskus durch die Geldentwertung beseitigt wird...

Die wichtigsten Meinungsverschiedenheiten betreffen vier Fragen: 1. die Bewertung des Betriebsvermögens bei der Einkommensteuer...

Die wichtigste Frage bei allen direkten Steuern ist die Frage, in welcher Weise die Bewertung des Besitzes erfolgt. Hier ist von jeher dem Sachbesitz die Möglichkeit weitgehender Steuererleichterung gegeben worden...

Table with columns: Aktienkurs, Steuerkurs, and rows for various assets like Bapag, Deutsch-Luzemb, Mannesmann, etc.

Aktienbesitzer würden demnach also nur mit etwa einem Bierzehntel des wirklichen Werts zur Steuerleistung herangezogen werden...

selbst geschätzt — also viel zu niedriger — Ertragswert nach den Reinerträgen der Jahre vor dem Kriege. Durchschnittlich betrug der Wehrbeitragswert kaum die Hälfte des gemeinen Wertes, d. h. des Preises, zu dem das Grundstück damals verkauft werden konnte, das war sein Goldwert. Von der Hälfte dieses Goldwertes soll also das Zehnfache der Bewertung zugrunde gelegt werden für eine Steuer, die in Papiergeld in den Jahren 1923/1925 gezahlt werden soll.

Die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses will gnädigst eine Verdoppelung dieses Satzes zugestehen, also das Zwanzigfache. Die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind aber um das 5000fache, die Preise für landwirtschaftliche Grundstücke um das 2000—4000fache gestiegen. Günstigstenfalls wird also $\frac{1}{2000}$ des wirklichen Wertes besteuert. Die Sozialdemokratie verlangte für bewegliches und unbewegliches Vermögen eine Verzehnfachung der bisherigen Sätze, also der Steuerkurse für Wertpapiere und des Wehrbeitragswertes für landwirtschaftliche Grundstücke. Gewiß in Anbetracht der gestiegenen Leistungsfähigkeit des Sachbesitzes eine bescheidene Forderung. Trotzdem fand sie keinerlei Gegenliebe.

Dafür wollen aber die bürgerlichen Parteien das, was sie bei der Bewertung zugeföhren, durch eine Milderung des Tarifes wieder befähigen. Nach ihrem Vorschlag soll mit der Erhöhung der Bewertung verbunden werden eine ebensolche Milderung des Tarifes. Das würde bedeuten, daß ein Steuerfah von 1 vom Tausend nicht bereits bei 500 000 M. zu zahlen ist, sondern erst bei 1 500 000 M. Da Wertpapiere, die mit 1 500 000 M. eingeschätzt sind, in Wirklichkeit einen Wert von $(1 500 000 \times 14) = 21$ Millionen haben, wären Beträge bis zu dieser Höhe völlig steuerfrei. Bei landwirtschaftlichem Besitz würden steuerfrei sein Beträge bis zu $(1 500 000 \times 200) = 300$ Millionen Mark.

Die dritte große Meinungsverschiedenheit besteht über die Beschleunigung der Steuerzahlung. Die bisherige Steuergesetzgebung enthielt einen Anreiz zur verspäteten Zahlung. Die Regierungsvorlage will die beschleunigte Zahlung durch Verzugszinsen in Höhe von 10 Proz. pro Monat sichern. Bei schnellerer Geldentwertung werden diese Verzugszinsen wirkungslos bleiben, weil dann die Verzugszinsen immer noch viel niedriger sind als der Gewinn, der aus der Nichtzahlung entsteht. Die Sozialdemokratie hat deshalb Verzugszinsen in voller Höhe der Geldentwertung verlangt. Sie fordert ferner zum Ausgleich für die gewaltige Milderung der Steuerlast, die durch die Geldentwertung des Jahres 1922 herbeigeföhrt wurde, einen nachträglichen Zuschlag in Höhe der Geldentwertung, aber nur für die Sachwertbesitzer, nicht für Kleinrentner und freie Berufe. Auch diese Anträge fanden vor den Bürgerlichen keine Gnade.

Gegen den Widerstand der Sozialdemokratie ist ferner die Beseitigung der Kundenverzeichnisse der Banken beschlossen worden und die Aufhebung des Depotzwanges für alle Wertpapiere. Der unter Führung der Banken und der demokratischen Vertreter und unter Assistenz des Reichsbankpräsidenten Havenstein unternommene Vorstoß auf völlige Beseitigung der Auskunfts-pflicht der Banken wurde einstweilen noch abgewehrt.

Dieser kurze, keineswegs alle Mängel des Gesetzes umfassende Ueberblick über den Inhalt des Gesetzesentwurfs und die bisherigen Beschlüsse des Steuer Ausschusses des Reichstages läßt erkennen, daß er nicht die „schwersten Opfer der Leistungsfähigen“ enthält, die der Reichskanzler Cuno wiederholt in Aussicht gestellt hat. Für die Sozialdemokraten ist, wenn es bei den Beschlüssen der ersten Lesung verbleibt, die Stellungnahme klar vorgezeichnet. Sie kann einem Gesetz, das den Besitz in der unzulässigsten Weise schont, das innenpolitisch und wirtschaftspolitisch sich gegen die Massen des Volkes richtet, weil es deren Opfer vergrößert und die Stützungsaktion der Mark stark gefährdet, nicht die Zustimmung geben.

Reichskanzler Cuno will am 3. oder 4. März nach München reisen.

Der Bauernfang der Agrarier. Börse und Sozialdemokratie.

Das „Berliner Blatt“, ein unter Ausschluß der großstädtischen Öffentlichkeit erscheinendes agrarisches Schweizerblatt der „Deutschen Tageszeitung“, veröffentlichte unter dem 18. Februar einen Artikel, der sich mit der Rede des Genossen Söllmann beschäftigte. Söllmann hatte im Reichstag auf das schärfste gegen das Treiben der Börse protestiert und Abhilfemaßnahmen gegen die ins Maßlose gestiegene Spekulation gefordert. Das obdunkle Blatt schrieb nun dazu:

Es freut uns jedenfalls, daß ein Sozialdemokrat solche Auffassungen hat und öffentlich vertritt. Bekanntlich sind in früheren Zeiten immer die Sozialdemokraten als Schutztruppe der Börse aufgetreten. Sie haben dementsprechend alle Börsengesetze, die das Treiben der Herren Spekulanten einschränken und die Spekulation höher besteuern sollten, rundweg abgelehnt. Hoffentlich steht Söllmann in seiner Partei nicht allein, so daß die kommende Börsenreform, um die wir uns nicht herumdrücken können, gerade bei den Sozialdemokraten freundliche Förderung findet.

Wie fand sich in so wenigen Zeilen soviel bewußte Lüge und Verleumdung zusammen! Unsere Leser wissen, daß die Sozialdemokratie es gemein ist, die sich gegen die Valutaspekulation seit jeher gewandt hat. Und überall, außer in der Dessauer Straße — wo man für das „Land“ schreibt —, weiß man, daß das Valutaesend die Ursache der ungeheuerlich angewachsenen Spekulation ist.

Die Sozialdemokratie verlangt die entschiedene Besteuerung, die Erfassung der Kriegs- und Revolutionsgewinne, die Heranziehung des Sachbesitzes, die gänzliche Unterdrückung der Devisenspekulation, die Hochhaltung der inneren Kaufkraft durch Riegrhaltung der Preise für Lebensmittel usw. Sie hat die Erhöhung der Börsenumsatzsteuer und die Devisennotverordnung durchgesetzt, wie sie seit jeher eine aktive Währungspolitik verlangte.

Unter diesen Maßnahmen befindet sich nicht eine einzige, die nicht von der „Deutschen Tageszeitung“ auf das entschiedenste bekämpft worden wäre. Durch ihre Förderung nach freier Getreidewirtschaft haben die Agrarier die Produktbörse groß gemacht. Durch ihre Sabotage der Staatsfinanzen haben sie die Mark nach Kräften vernichten geholfen. Helferrich und Havenstein waren es nicht minder als Poincaré, die den Dollar auf 50 000 und die Aktienkurse in die Hunderttausende getrieben haben!

Und jetzt soll es auf einmal die Sozialdemokratie gewesen sein, die die Börsenspekulanten begünstigt hat!

Man braucht sich ja nicht zu wundern. In Berlin schreibt man nur „für deutsche Art“. In der Provinz versucht man den Anschein zu erwecken, als ob unsere Partei die Börsenspekulation begünstige, um dann die „Schieberrepublik“ zu verunglimpfen!

Und das Ergebnis: Tschow, Günther, Tilleßen usw. Man braucht sich aber hier nicht zu wundern, wenn man diese ihre „geistige Nahrung“ sieht.

Die Lohnsteuer in Sowjetrußland. Ueberflüssige Entrüstung der „Roten Fahne“.

Wir hatten aus der „Dzeggpreß“ vom 30. Januar die folgende Meldung über die Einführung einer Lohnsteuer in Sowjetrußland übernommen:

Die Sowjetregierung hat für die Empfänger von Gehältern und Löhnen, die den tariflichen Höchstbetrag übersteigen, eine besondere Lohnsteuer eingeföhrt, die neben der allgemeinen Einkommensteuer durch Abzug zu erheben ist. Steuerpflichtig ist der Ueberfluß über den tariflichen Höchstbetrag. Die Steuerhöhe sind stark progressiv gehalten und betragen 6 Proz. bei 500, 10 Proz. bei 2500, 33 Proz. bei 5000 Rubel 1923 (= je 1 Million alter Rubel.)

Die Wiedergabe dieser Meldung hatte uns zu der durchaus zutreffenden Bemerkung veranlaßt, daß sich die Kommunisten hier

in Deutschland als radikale Opposition etablierten, trotzdem sie in Sowjetrußland unter dem Zwang der Verhältnisse ganz andere Maßnahmen durchführten. Das veranlaßt die „Rote Fahne“ heute auf Grund von Informationen ihres Moskauer Berichterstatters zu einem wütenden Ausfall gegen die Redaktion des „Vorwärts“. Es wird uns zu diesen Angriffen der „Roten Fahne“ von sachkundiger Seite folgendes mitgeteilt:

„Es ist zu vermerken, daß die Tarifföhe lediglich Minimalätze betragen und tief unter den tatsächlichen Löhnen stehen; im Anbetracht der in der Sowjetpresse mehrfach erwähnten Tatsache, daß hochqualifizierte Arbeiter relativ außerordentlich hohe Löhne beziehen, kann mit Bestimmtheit angenommen werden, daß auch Arbeiter in praxi der Lohnsteuer unterliegen, ist denn auch die einschlägige Verfügung wörtlich beifügt: „Regeln über die Erhebung der Steuer für Personen, die hohen Arbeitslohn erhalten.“ (Moskauer „Ism“ Nr. 15.)

Die Behauptung der „Roten Fahne“, daß kein einziger Arbeiter in Sowjetrußland Einkommensteuer zahlt, ist unzutreffend. Das Gesetz über die Einkommensteuer vom 18. November 1922 („Izweštija“ 19. November Nr. 262) erwähnt ausdrücklich den Arbeitslohn als steuerbares Einkommen, soweit er einen festzusetzenden Mindestsatz übersteigt. Durch die Verfügung vom 23. November („Izweštija“ 26. November Nr. 268) ist der steuerfreie Betrag des Einkommens auf 1200 Rubel 1923 im Halbjahr für die Hauptstädte und auf 400 bis 500 Rubel für die Provinz festgesetzt worden. Daß die tatsächlichen Arbeiterlöhne für ganze Gruppen von Arbeitern diese Mindestsätze übersteigen, ist u. a. aus einer Veröffentlichung in der „Pravda“ vom 21. Dezember (Nr. 249) ersichtlich, wo der Monatslohn eines Metallarbeiters in Moskau im November auf 230 bis 306 Rubel, eines Textilarbeiters im Dezember auf 120, im November auf 82 Rubel (alles in Rubeln Rußl. 1923 umgerechnet) eingeschätzt wird. Die letzter erfolgte weitere Geldentwertung hat den nominellen Lohn erheblich gesteigert, und der Mindestlohn für Februar ist für die unterste Tariffstufe auf 60 Rubel festgesetzt worden.

Daß in Sowjetrußland die Arbeiter in keinem Falle von den direkten Steuern ausgenommen sind, ist ferner aus dem Gesetz über die allgemeine Steuer (Kosfsteuer) vom 25. November („Izweštija“ vom 26. November Nr. 268) ersichtlich, wo Arbeiter und Angestellte die Löhne über die 12. (Minimal-) Tariffstufe erhalten, als steuerpflichtig bezichtigt werden. Auch das Gesetz über die Abgeltung der Arbeits- und Fuhrpflicht in Geldform macht für Arbeiter und Angestellte keine Ausnahme.

Daraus geht zur Genüge hervor, daß die Entrüstung der „Roten Fahne“ über unsere Berichterstattung vollkommen überflüssig ist. Es ist in dieser Frage nicht anders wie in allen anderen Dingen, die sich augenblicklich in Rußland abspielen. Dort ist die Parole „Mit Bolldampf zurück in den Hochkapitalismus“.

Severing über den deutschen Widerstand.

Stettin, 26. Februar. (Ill.) Im Rahmen einer Versammlung der Sozialdemokratischen Partei sprach gestern der preussische Innenminister Severing über „Die Vorgänge im Ruhrgebiet“. Er führte u. a. aus:

Der Widerstand im Ruhrgebiet ist durch kein herrliches Wort erzeugt worden, sondern ist urwüchsig aus Bevölkerung und Arbeiterschaft hervorgegangen. Poincaré sieht jetzt ein, daß die Annahmen des Generals Hoch nichts ausrichten können. Das „Rein“ gegen die unmöglichen Forderungen im letzten November war von fast allen Reichstagsparteien unterschrieben worden. Hätten wir aber schon früher nein gesagt, dann wäre das Diktat noch unerträglich ausgefallen. Unsere Erfüllungspolitik von 1919 bis 1921 war doch der rechte Weg. Wir haben dann gezeigt, daß wir jetzt nicht weiter können, und haben dafür nicht nur die englische und amerikanische, sondern die Meinung des ganzen übrigen Auslandes auf unserer Seite. Frankreich ist isoliert. Poincaré will seine Politik von allen englischen und amerikanischen Einflüssen unabhängig machen. Durch eine unter dem Druck des französischen Militarismus stehende ausgesprochene europäische Kolonialpolitik wäre natürlich die Stellung Englands auf das äußerste bedroht. Wir wollen verhandeln. Aber nach all den Zurück-

Elend.

Von Bruno Frei.

Ich wollte das Leben von Angesicht zu Angesicht sehen. Seinen arheinen Mechanismus erfassen. Begreifen, was die bewegende Kraft alles Treibens ist, was den auseinanderstrebenden Teilen des sinnlosen Stilles Zusammenhalt gibt. Wer könnte die verwirrende Fülle der lebendigen Dinge auf eine Formel bringen, in eine m Satz fassen, was für alle gilt und für immer, in der Enge eines Gesichtsfeldes bringen, was das All umfaßt? Wer — wenn nicht das Leben selbst?

Die Elendsviertel einer Großstadt gleichen dem Meeresgrund. Oben ist blauer Himmel, das hellere Spiel des Windes mit den Wellen. Unten ist Finsternis und der schwere Druck der Wassermassen. Was den trogigen Kämpfen des Sturmes nicht gemacht ist, scheitert, zerbricht — und alles Gescheiterte, vom Leben zerbrochene sinkt in die Tiefen. Der gleiche Druck preßt Wertvolles und Wertloses maßlos zusammen und die schauererregenden Tiefseefiere — die berufsmäßigen Leichenbederter und Brackräuber — beschneiteln und benagen das gesunkene Gut.

Hier — in der Schönhäuser Straße sind zwei Kaschemmen nebeneinander: das Café Dallas und die Schenke Keefel.

Im Café Dallas: schmerzliches Elend. Hunderte Menschen spielen in dem engen Bohlraum aneinander vorbei. Handel, Kartenspiel, Weiber — aber alles in allem: Jagd nach Geld, das hier — wichtige Fügung der Gesetze und des Bedeutungswechsels — Schein heißt. Acht Scheine (hundertmarkscheine) für ein Paar Stiefel, die nicht nur aus Böckern bestehen, zwölf Scheine für eine Damenmollweste beim Hochmann für Auslagenliebhaber, einen Schein als Einsatz beim Hazardspiel „Meine Tante — deine Tante“, zwei Scheine für eine der ausgeblühten Sphillireinkulturen — Scheine, nur Scheine, wo gibt es Scheine zu verdienen, zu klauen, zu rauben —?

Beschlagene Hinterlist, brutale Gewalttätigkeit, eke Gemeinheit, erschütterndes Breitentum in hilfloser Schwachheit nicht nur dem Tode, sondern auch dem Sterben im Café „Dallas“ verfallen, schäbliches Dösen, schmutziges Gieren, derbes Patschen und Tätscheln, jämmerliches Kojen, verfallene Huren, junge Kinder — die Hölle, die tiefste Hölle, mit all ihren Gebrechen — auf der Jagd nach Scheinen. Eine Hehlerbude, deren Hintergrund in floromantische Unbestimmtheiten verschwindet. Es ist Nacht — und doch arbeiten in einem Verschlag zwei Kafewe und machen je nach Bedarf aus verwilderten Rands — glattrasterte Hotelfischweiser. Für 10 M. Eintrittsgeld — verzehet muß nichts werden — können Obdachlose die Hälfte der Winternacht im warmen Raum verbringen und die Bettstellenbewohner des Nordens ihr Lager meiden.

Wer je in einem Börsenlokal war, weiß, daß er einem Tollhaus gleicht. Nun, dieses Tollhaus gleicht einer Börse. Auch hier gilt das Gesetz: wer gewinnt, wer verliert, kann sich die Genüsse des Daseins klauen, kann vergessen, sich herausuchen.

Dann zwei Häuser weiter laden die Richter der Keefelschenke zum Podbiertfest bei Musik und Tanz. Hell erleuchtet und mit Papierlampion geschmückt ist der Saal und alle tragen papierne Narrenperücken, auf welchen gedruckt steht: Ich war toll. Ein Rhythmus geht von dem Spiel der Musikanten aus und ergreift die Masse, ein

Rhythmus des süßesten Spiels, das alles vergessen macht, alles Elend und allen Schmutz. Hier versteht man ein Fest zu feiern. Der Bodiumsänger singt ein Couplet und alle singen den Refrain mit. Er ist unanständig und doch liegt keine Gemeinheit darin. Ein Wädel steht da mit hellem Haar, reißt ihre jungen Glieder geschmeidig wie eine Kacke und wiegt sich im hinreichenden Takt des Gassenbauers. Ihre Freunde umschwärmen sie.

Die Aristokratie vom Café „Dallas“ leistet sich das Bodbiertfest bei Keefel.

Es ist der Bodensatz der Gesellschaft, aber er ist anders als sie selbst. Ein Gesetz herrscht über sie alle. Ob sie sich von den Rügen des Geschäftslebens am Kurfürstendam oder in der Schönhäuser Straße erholen, es ist immer dasselbe: Hunger und Liebe, Geld und Genuß, Börse und Diets, Café „Dallas“ und Keefelschenke — das ist das Leben. Das ist das Urgefeß, dem alle gehorchen und alle anderen menschlichen Bestrebungen, nennen wir sie die humanitären, sind einzig und allein darauf gerichtet, die Unterschiede in der Art der Befriedigung dieser urgewaltigen Triebkräfte des Lebens auszugleichen.

Das ist die erbärmlichste Heuchelei, die dem Armen das Vergnügen mißgönnt und weise Lehren erteilt über den Vorzug des Nützlichen und Notwendigen. Ein Leben ohne Vergnügen ist kein Leben, nicht einmal in der Sphäre des Café „Dallas“. Das Bodbiertfest einmal im Monat ist so notwendig wie die Erbsensuppe einmal im Tag. Auch die Menschen im Elend wollen das Elend im Menschen vergessen.

Die ganze Kultur ist ein Vergnügungsspiel der Kultivierten. Solange es von der Kultur ausgeschlossene gibt, muß es kulturlose Spiele geben. Zur Kultur kann man nicht durch Sparjamkeit kommen, wie Lesebücher und Lanten mitunter meinen. Das Leben jeder Zeit besteht aus Brot und Spielen; welches Brot ist und welche Spiele spielt der größere Teil der Menschheit? Das ist die Kulturfrage jeder Zeit.

Unsere Menschheit ist, wie bekannt, zum größeren Teile — Bohnendrot, und das auf Marken.

Ernst Renan.

Wenn heute jemand als Freidenker auftritt und betont, daß er nicht an Wunder und Gottheit Jesu glaubt, so wird er damit kein sonderliches Aufsehen erregen, hat er doch die meisten wissenschaftlichen Autoritäten auf seiner Seite. Anders war es noch im vorigen Jahrhundert, wo die Orthoborie sich mit der größten Fähigkeit zu behaupten mußte und solche Freigeister scharf verfolgte. Dies zeigt u. a. das Leben eines einst vielgenannten Mannes, dessen hundertsten Geburtstag wir heute feiern, Ernst Renan.

Geboren in Tréguier im nördlichen Frankreich, ertor er den geistlichen Beruf und besuchte ein Priesterseminar, fühlte sich aber darin nicht glücklich, zumal ihm schon zeitig der Kult des Buchstabenglaubens widerstrebt. Er schied daher aus und wandte sich orientalischen Studien zu. Besonders die Semitischen Sprachen betrieb er mit regem Eifer, veröffentlichte mehrere Schriften und wurde 1856 Mitglied der Akademie der Inschriften. Vier Jahre

später trat er im Auftrage der Regierung eine wissenschaftliche Reise nach Syrien an und sammelte hier sehr reichhaltiges Material, namentlich über das alte Phönizien, um es in späteren Werken zu vermerken. 1862 wurde er Professor der orientalischen Sprachen am Collège de France in Paris und entwickelte nun, besonders auch als Schriftsteller, eine sehr große Fruchtbarkeit. Es war die Zeit, wo Orthoborie und Freidenkertum im scharfen Kampf lagen, namentlich seitdem David Friedrich Strauß in seinem „Leben Jesu“ den Inhalt der Evangelien im wesentlichen für mythisch erklärt und der historischen Persönlichkeit Jesu einen starken Stoß versetzt hatte. Renan nahm nun keineswegs den Standpunkt solcher negativen Kritik ein, ging aber doch gründlich gegen die alten Ueberlieferungen vor und erreichte den Höhepunkt in seinen „Anfängen des Christentums“, deren erster Teil 1863 das Leben Jesu behandelte. Er stützte sich darin auf gründliche Quellenforschung und persönliche Beobachtung im Orient und entwarf ein farben- und stimmungsvolles Gemälde vom Leben und Wirken des Nazareners und seiner Gefährten, wobei er zwar alles Wunderbare und Uebernatürliche ausschloß, aber doch verhältnismäßig viel von dem in den Evangelien Ueberlieferten bestehen und Jesus in echt menschlichem Gewande auftraten ließ. Daß er dabei oft willkürlich verfuhr, um ein einheitliches Bild zu schaffen, und seine persönliche Teilnahme zu sehr hervortreten ließ, wollen wir nicht bestritten, müssen aber doch in dem Ganzen ein wohlgehaltenes Werk erkennen, dessen Lektüre besonders auch dem Volke ersprießlich bleibt.

Demals erregte es ebenso viel Begeisterung wie Entrüstung. Deitere zeigte sich hauptsächlich in den geistlichen Kreisen und hatte außer zahlreichen Gegenheften Renans Entsetzung vor der Professur zur Folge. Napoleon III., welcher sich gern der Kirche zur Bundesgenossin hielt, bewilligte sie, suchte aber Renan durch eine Stelle als kaiserlicher Bibliothekar zu entschädigen. Nützig und charakterfest lehnte Renan sie ab, wirkte fortan als Privatgelehrter, machte neue Reisen und ließ nach viele Schriften erscheinen. Erst unter der Republik wurde ihm wieder die Erlaubnis erteilt, Vorlesungen am Collège de France zu halten, und so konnte er seine Tätigkeit bis ins Alter fortsetzen, nahm auch am politischen Leben teil und ging u. a. in einer satirischen Schrift gegen Gambetta vor. Am 2. Oktober 1892 beschloß er in Paris seine Tage. M. Sch.

Reform des künstlerischen Bildungswesens. Das preussische Kultusministerium hat an die Kunstakademien einen Erlaß gerichtet, der die Grundzüge für eine den modernen Anschauungen entsprechende Ausbildung des künstlerischen Nachwuchses festsetzt. Danach wird bei der Aufnahme in die preussischen Kunsthochschulen in Zukunft neben dem Nachweis künstlerischer Begabung der Nachweis handwerklicher Vorbildung zur Bedingung gemacht. Vom zukünftigen Bildhauer wird z. B. der Besuch einer Steinmetz-, Holzbildhauer- oder Stukkateurwerkstatt gefordert. Nach Erledigung eines Probeaufsatzes, der Anatomie, Perspektive, Schriftzeichnen und dergleichen umfaßt, steht dem Schüler die Wahl eines Lehrers und die Weiterbildung in den unter sich gleichgeordneten Künsten für Bildhauerei, Malerei oder Architektur frei. Durch Austausch von Schülern zwischen den verschiedenen Klassen und Werkstätten und durch Arbeitsgemeinschaften soll eine enge

welungen unseres guten Willens verspürt die Reichsregierung kein Bedürfnis weiter, die Hand auszustrecken. Fest und zäh müssen wir gegen jeden Versuch des französischen Militarismus, die deutsche Industrie lahmzulegen, zusammenstehen. Gerade, weil wir keine Maschinengewehre haben, können wir dem französischen Militarismus beweisen, wie wenig er vermag. Der Geist geht über die Bajonettsphäre. Unsere schärfste Waffe aber ist unser gutes Recht. Der Kampf an der Ruhr darf nicht durch ziel- und zwecklose Umtriebe im Innern Deutschlands gestört werden.

Eine Hausdurchsuchung.

Am Montag vormittag wurde in der Wohnung des Berliner Journalisten Walter Dehne, des Chefredakteurs der „Deta“ (früher Dena) eine Hausdurchsuchung durch Beamte der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums vorgenommen. Dehne steht in Verdacht, unzulässige Beziehungen zur französischen Regierung zu unterhalten. Auf Grund vertraulicher Mitteilungen ist jetzt ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet worden. Das bei ihm gefundene schriftliche Material wurde beschlagnahmt. Eine Vernehmung des Verhafteten der „Deta“ ergab die Notwendigkeit, die eingeleitete Untersuchung fortzuführen.

Wie sie lügen.

Ein Zusammenstoß in München.

Unter dieser Überschrift verbreitet die U. folgende Meldung: Am Sonntag nachmittag kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Angehörigen eines sozialdemokratischen Sturmtrupps und einigen Beuten der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. 500 Mann des sozialistischen Sturmtrupps zogen mit Schwarzrotgoldenen Fahnen und Sturmtruppzeichen nach der Enterschweige. Hier fielen Sozialdemokraten über die Nationalsozialisten her und verfolgten sie. Erst als ein Nationalsozialist zu schleichen drohte, löste sich der Zug auf und die Verfolger ließen ab.

Jeder Mensch weiß, daß Sturmtrupp-Erfindungen der Wältschen sind, die mit Schlagring und Gummiknüppel den Terror in Deutschland heimisch machen wollen. Diese Tendenzlagen, die die Dinge auf den Kopf stellen, zeigen nur zu deutlich geheime Sympathie mancher schwerindustrieller Kreise für die Hitler und Konforten.

Handel mit Reparationskohle.

Mehrfach haben wir auf die von den Franzosen und Belgiern vorgenommenen widerrechtlichen Verkäufe deutscher Reparationskohle, die zu ungeheuren Gewinnen führten, hingewiesen. Sowohl der Wortlaut wie der Sinn des Friedensvertrages lassen derartige Verkäufe nicht zu. Vorstellungen der deutschen Regierung bei den Entente-Mächten führten zu dem Versprechen, den Weiterverkauf deutscher Reparationskohle zu unterbinden. Trotzdem aber hat der widerrechtliche Zustand nicht aufgehört. Nach amtlichen Ermittlungen sind in den Jahren 1921 und 1922 aus Frankreich und Belgien nicht weniger als 32 Angebote an neutrale und deutsche Firmen auf Lieferungen von deutscher Reparationskohle ergangen. In einem Falle wurde diese Kohle durch Inserat in einer Zeitung des neutralen Auslandes angeboten. Tatsächlich ausgeführt wurde in den letzten beiden Jahren deutsche Reparationskohle aus Frankreich und Belgien in 59 Fällen. Es ist klar, daß nicht alle Fälle der Ausfuhr von Wiedergutmachungskohle zur Kenntnis unserer amtlichen Stellen gelangen konnten. Schon die Tatsache, daß der französische Finanzminister im vergangenen Jahre die Gewinne aus der Reparationskohle auf über 2 Milliarden Frant bezifferte, zeigt, daß der gekennzeichnete widerrechtliche Zustand bereits einen bedeutenden Umfang angenommen hat.

Solidarität der englischen Sozialisten. Der Londoner „New Leader“, die ausgezeichnete Wochenzeitung der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, hat eine Sammlung für die Ruhrhilfe veranstaltet, deren dritte Liste einen Betrag von bereits über 7,5 Millionen Mark ergeben hat.

Verbindung der Lehrgänge für Architekten, Maler und Bildhauer angebrochen werden. Den Akademiedirektoren wird zur Pflicht gemacht, bei der Ausbildung die örtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen, besonders vorhandene Werkstätten, sowie Hochschulen und Kunstgewerbeschulen anzunehmen. Außerdem sind Maßnahmen vorzusehen, um den Kunstschülern über die wirtschaftlich schwere Zeit hinwegzuhelfen.

Den Grundzügen dieses Ministerialentwurfes kann man unbedingt zustimmen. Hoffentlich gelingt es, die Direktoren und Akademiedirektoren zur praktischen Ausführung der Anweisungen anzuhalten.

Ueber drahtlose Telephonie für jedermann sprach im überfüllten Berliner-Saal Dr. h. c. Graf v. Arco. Er schilderte, wie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika Schüler sich mit der Technik des Aufnehmens vertraut machen bald erhebt die Angelegenheit einen heroischen Charakter und man legte Wert auf die weitesten Entfernungen und die geringsten Mittel. Schließlich beschränkte man sich bei den drahtlosen Übermittlungen auf die Telephonie, und damit nicht jeder von jedem gestört wird, übernahm der Staat die gesetzliche Regelung. In Amerika ist jetzt der Vorgesprochener, durch den Kongreß, Parlamentarier und die Mittelungen von Bergkämpfen in Europa übermittelte werden, in die Familie eingezogen. Das Grammophon aber ist ausgezogen, und eine der größten Gramophonfabriken New York hat Bankrott gemacht. Die drahtlose Telephonie ist tatsächlich auf dem besten Wege, das menschliche Leben umzugestalten. Der Mensch ist nämlich drauf und dran, das ganze große Reich der Luft mit der elektrischen Welle anzuvertrauen und alles zu übertragen. Die Übertragung kann natürlich nie vollkommen sein. Der Vortrag wurde von Tempelhof unterbrochen, das sich drahtlos meldete und vorerst unruhig aufgeregt und schnell den Zuhörern ostentativ mitzuteilen hatte. Nach und nach aber wurde völlig klar ein Musikstück und Goethes Gedicht „An den Rand“ übermittelte. Der Zuhörer bemächtigte sich die Empfindung, wie stehen vor unerhörtem Neuem, das eine große Tragweite hat. Und zwar in des Wortes vollster Bedeutung, denn jetzt schon kann der Kontinent einwandfrei mit Amerika sprechen. Die Technik ist und bleibt jedoch ein stummendes Werkzeug. Was aus jeder neuen Erfindung wird, hängt vom Geiste und Willen der Menschheit ab.

Für Arno Holz. Der in Hendebrun (Nemessand) lebende Dichter Alfred Brust verendet ein Schreiben, in dem er bittet, eine ihm zugedachte Spende — da er nicht in dem Maße bedürftig sei — in eine Heimatstiftung für Ostpreußens Dichter umzustellen. Es geht ostpreussische Dichter von Westpreußen, die die bitterste Armut drückt. Der Königsberger Goethe-Bund ist dieser Anregung gefolgt und veröffentlicht einen Aufruf, in dem er daran erinnert, daß der ostpreussische — in Berlin wohnende — Dichter Arno Holz vor allem einer Ehrengabe würdig sei. Arno Holz, der fast sein ganzes Leben in Entbehrung und Sorge zugebracht hat, vollendet demnächst sein 60. Lebensjahr.

Prof. Zarre spricht im Ränkerhaus in der Volkshausstr. 8 am 1. März abends 8 Uhr über die deutschen Ausgrabungen in Emaron (Palästina) (mit Bildern). Karten an der Abendkasse. „Welt in der Zeit“ lautet der Titel des Vortrags. Prof. Zarre, der 1. März abends 8 Uhr, in der Villa Georgenstraße 30, 31 1921.

Zur Ruhrreise der vier Arbeiterparteier.

London, 26. Februar. (D.L.) Die Exekutive der parlamentarischen Arbeiterpartei stellt fest, daß der jüngste Besuch im Ruhrgebiet von vier ihrer Mitglieder in rein persönlicher Eigenschaft von diesen Mitgliedern unternommen wurde, nicht etwa auf Initiative der Partei, und daß ferner ihre in der Presse erschienene Erklärung, die sich zugunsten einer Internationalisierung des Ruhrgebiets ausspricht, eine rein persönliche Meinungsäußerung der vier Abgeordneten darstelle, für die die Partei die Verantwortung ablehne.

Lefèvre offenerherziger als Poincaré.

Nicht „friedliche Aktion“, sondern Kriegsmäßnahme.

Paris, 26. Februar. (D.L.) Der Landesauschuß der Vereinigung der Reserveoffiziere hat, nachdem Ministerpräsident Poincaré wegen Mangels an Zeit den Vorstoß niedergelegt hat, den ehemaligen Kriegsminister, Abg. André Lefèvre, zum Vorsitzenden gewählt. Der ehemalige Kriegsminister hielt gestern eine Aussprache an den Ausschuss, in der er sagte: Ich kann leider nicht an die ewige Dauer des sogenannten Friedens oder Waffenstillstandes glauben. Der Krieg hat nicht 1914 begonnen und ist nicht 1918 zu Ende gegangen. In Wahrheit hat er 1912 auf dem Balkan angefangen. Seitdem hat man sich geschlagen und schlägt sich immer noch. Auch die Befehung des Ruhrgebiets ist eine Kriegsmäßnahme, obwohl wenig Blut dabei geflossen ist.

Enttäuschte Hoffnungen.

Paris, 26. Februar. (D.L.) Havas meldet aus Düsseldorf: Immer weniger Eisenbahnwagen mit metallurgischen Produkten oder Fertigwaren sind auf den Rangierbahnhöfen eingetroffen. Kohlenwagen kommen überhaupt nicht mehr an. Auf der Strecke nach Trier wurden zwischen dem 15. und 20. Februar aus Einnahmen an Fahrgeldern 1 269 290 M., also ungefähr 900 Frank erzielt.

Vor der Gefahr einer Katastrophe.

Amsterdam, 25. Februar. (D.L.) Der Sonderberichterstatter von „Nieuwe Rotterdamse Courant“ veröffentlichte einen Aufsatz über seine Beobachtungen bei seiner Reise in das Ruhrgebiet. Was auf ihn den tiefsten Eindruck gemacht habe, schreibt er, sei die in den Kreisen der Arbeiterbevölkerung gegen die Franzosen entstandene ungeheure Erbitterung, die sich bis auf die Führer erstreckte.

Die Großindustriellen seien eher zum Nachgeben geneigt, der Mittelstand scheine am meisten Beforgnis zu haben.

Die Arbeiter aber seien unerschütterlich und rücksichtslos in ihrem Haß. Dieser Eindruck besitze bei den meisten persönlichen Beobachtern der Lage, auch bei den französischen. Die Arbeiter seien anscheinend schon über den Punkt hinaus, wo sie sich durch Entbehrungen noch zermürden lassen würden. Solche würden sie eher zu Ausbrüchen der Verzweiflung treiben. In der Haltung der Franzosen, besonders der Soldaten, sei zu bemerken, daß sie sich über die Lage klar seien.

Man schaudere bei dem Gedanken, was alles geschehen könne, wenn es zu Zusammenstößen käme.

Die größte Sorge der noch vorhandenen deutschen Behörden sei, wie man die Leidenschaften der Bevölkerung zügeln könne. Es sei die bedenklichste Seite, daß durch das französisch-belgische Verhaftungs- und Ausweisungssystem die Zahl der Männer, die Autorität genug besitzen, um die Erregung zu zügeln, immer geringer werde. Der Ruhrkonflikt sei in erster Linie ein Kampf der Arbeiter geworden, die seit langem bereits die Führung übernommen hätten. Der Berichterstatter fährt fort: Die Franzosen wagen noch nicht, dem Haß der Fabrik- und Bergarbeiter Trost zu bieten. Das ist praktisch auch kaum möglich, da die Bergarbeitertolonien sich über das ganze flache Land verbreiten. Was ist solidarisch, einschließlich der Polen; letztere sind es teils aus Furcht, teils aus Ueberzeugung. Diesem Strom kann gegenwärtig niemand Widerstand leisten. Von Uneinigkeit unter den Arbeitern ist nichts zu bemerken. Die unter den gegenwärtigen Umständen unvermeidlichen Zwischenfälle, die sich mit der wachsenden Nervosität der französischen Truppen vermehren, erhöhen noch die Erbitterung. Aussichten auf eine Regelung des Konfliktes vermag der Berichterstatter nicht zu entdecken. Das Beste, was man wünschen könne, sei, daß die Lage so lange wie möglich stationär bleibe. Der kritische Punkt sei die Ernährungslage. Die Maßregeln der Franzosen könnten in dieser Beziehung eine Störung herbeiführen; das würde aber nicht zur Kapitulation, sondern zu einer Katastrophe führen. Es sehe so aus, als ob man noch am Beginn des Kampfes stehe. Wie auch der Ausgang sein möge, Geld werde Frankreich nicht erhalten.

Chronik der Gewalt.

Trier, 26. Februar. (D.L.) In der Nacht zum Sonntag wurde, wie die „Trierische Landeszeitung“ meldet, in der Brückenstraße der Postsekretär Schwabe, der ruhig seines Weges kam, plötzlich von einem betrunkenen Marokkaner durch Messerstiche in den Unterleib schwer verletzt. Der Täter konnte verhaftet werden. Hierbei ergab sich ein Zwischenfall, indem eine Ansammlung von Kameraden des Täters diesen zu befreien suchte. Die Polizei verhinderte dies jedoch bis zum Eintreffen der französischen Militärpolizei, an die der Täter dann nach Aufnahme eines Protokolls übergeben wurde.

Essen, 26. Februar. (D.L.) In der Sonnabendnacht wurde ein Herr in der Söllingstraße von einem französischen Soldaten überfallen, der ihm seine Uhr mit Kette fortnahm. Dem Elektriker Adolf B. wurde am hiesigen Bahnhof ein Betrag von 60 000 M. fortgenommen. B., der sich zur Wehr setzte, wurde oben drein blutig geschlagen. — Der Kaufmann Maud-Essen wurde am Sonnabend gegen 11½ Uhr in der Steeler Straße von einem Trupp französischer Soldaten angehalten. Man riß ihm die Kleider auf und nahm ihm seine Uhr.

In der gleichen Nacht wurde am Polizeipräsidium ein 25jähriger Schlosser von zwei französischen Soldaten überfallen, die ihm die Uhr mit Kette fortnahmen. — In derselben Nacht wurde ein Schlosser in der Klazienallee gegen 11½ Uhr von mehreren französischen Soldaten angehalten, die ihm 10 000 M. und seine silberne Taschenuhr abnahmen. Ehe er flüchten konnte, erhielt er noch mehrere Fußtritte.

Heute morgen 9½ Uhr wurde der Bote des Scharlantes, der in einem Geldsack 400 000 M. mißführte, die für Kriegsinvaliden und Kriegshinterbliebene bestimmt waren, festgenommen und auf die Waage im Kaiserhof geführt. Gegen 10 Uhr wurde er mit dem Gelde von da aus weitertransportiert. Der Gelddatrag wurde weggenommen. Da der Bote nicht zurückgeführt ist, nimmt man an, daß er verhaftet wurde.

Dortmund, 26. Februar. (D.L.) Die französischen Soldaten ziehen Gräben durch die Straßen, um Fuhrwerke anzuhalten und zu untersuchen.

Politischer Prozeß im Saargebiet.

Saarbrücken, 26. Februar. (D.L.) Der heutige zweite Verhandlungstag im Prozeß des Franzosenfreundes und Vertreters der „Saarregierung“ Dr. Hektor gegen den Redakteur Adolf Franke brachte eine Reihe sensationeller Ergebnisse. Zu Beginn der Verhandlung teilte der Vorsitzende mit, daß der nicht erschienene Dr. Hektor ein ärztliches Attest beigebracht habe, wonach er an Grippe, nervösen Erscheinungen und Herzbeschwerden erkrankt sei. Darauf gab der Rechtsanwalt Dr. Hektors die Erklärung ab, daß er die weitere Vertretung ablehnen müsse, da eine Anzahl ihm vorher unbekannter Tatsachen zutage getreten sei. Wie der Vorsitzende hierauf feststellte, ist der Begleitbrief an Clemenceau im deutschen Original in den Akten von Saarlouis gefunden worden. Außerdem sei nach dem „Journal“ festgestellt, daß dieser Brief tatsächlich an Clemenceau abgegangen ist. Der Staatsanwalt beantragte Verurteilung im Hinblick darauf, daß eine so wichtige Angelegenheit nicht ohne dessen Einverständnis erledigt werden könnte. Die Verteidigung des Redakteurs Franke widersprach und stellte fest, daß ein nervöser Zusammenbruch angesichts der Tatsache, daß wahrscheinlich von Dr. Hektor ein Meineid geleistet worden sei, vorläufig sei. Man müsse aber weiter verhandeln, auch ohne Dr. Hektor, um die Sache resülos aufzuklären. Die Verteidigung stellte weiterhin den Antrag, gegen Hektor einen Haftbefehl zu erlassen und seine Privatkorrespondenz zu beschlagnahmen. Zum Erlaß des Haftbefehls erklärte sich das Gericht nicht für zuständig. Die Beschlagnahme der Akten wurde unter dem Hinweis auf die Dr. Hektor als Beauftragter des Völkerebundes zustehende Exterritorialität abgelehnt. Darauf wurde beschloffen, Dr. Hektor von dem Kreisarzt auf seinen Gesundheitszustand amtlich untersuchen zu lassen und die weitere Verhandlung auf Mittwoch anzuberaumen.

Schweizer Volksabstimmungen.

In der vorigen Woche fanden in der Schweiz einige wichtige Volksabstimmungen statt. Die Bevölkerung hatte über die sogenannte Schuhhafinitiative und das Zonenabkommen zu entscheiden. Ersteres sollte der Schweizer Regierung bzw. ihren Exekutivorganen das Recht geben, politisch mißliebige Schweizer Bürger in Schutzhaft zu setzen, während die zweite Abstimmung über das Schicksal der vor Genf gelegenen Gebietsteile zu entscheiden hatte, die Frankreich für sich beanspruchte. Es handelte sich darum, ob jahrhundertlanges Schweizer Gebiet, das oft umstritten, zu Frankreich kommen oder bei der Schweiz bleiben sollte.

Schuhhafinitiative wie Zonenabkommen sind mit geradezu erdrückender Mehrheit verworfen worden, die Schuhhafinitiative mit über 437 500 gegen 54 200 Stimmen und das Zonenabkommen mit 401 700 gegen 91 300 Stimmen. Der reaktionäre Vorschlag gegen das politische Recht des Schweizer Volkes ist damit zurückgeschlagen worden und Schweizer Boden unangefastet geblieben.

Eine symptomatische Stichwahl.

Paris, 26. Februar. (D.L.) Bei einer Gemeinderatswahl in Paris wurde gestern der radikale Kandidat Moriette mit 1556 Stimmen gewählt. Der Nationalblockkandidat erhielt 856, der Kommunist Marty 84 Stimmen.

Binnen acht Tagen hat sich das Verhältnis ganz wesentlich zugunsten des oppositionellen Radikal-Sozialisten verschoben, der über 550 Stimmen gewann, während der Vertreter des Nationalen Blocks 150 Stimmen verlor.

Englisch-türkische Entspannung.

Zurückziehung der englischen Flotte von Smyrna.

London, 26. Februar. (D.L.) Nach einer Meldung aus Konstantinopel unterrichtet der englische Oberkommissar in Konstantinopel den Vertreter der Regierung von Angora Adnan Bel, die englische Regierung habe die Absicht, die Kriegsschiffe, die in Smyrna nach den letzten Zwischenfällen konzentriert worden waren, bis auf eines zurückzuziehen.

Balfour bleibt im Völkerebunde. Zu den Gerüchten über die bevorstehende Demission Lord Balfours als Vertreter im Völkerebund und seine Ersetzung durch Lord Robert Cecil veröffentlicht die „Daily Mail“ eine Erklärung von Lord Balfours Sekretär, daß er von einer solchen Demission nichts weiß.

Ostara, die Terrorgruppe der Wiener Monarchisten, ist von der Polizei als nichtangemeldet Verein eingestellt worden.

Presse ist Macht!

Wie ist die Richtigkeit dieses Wortes so sichtbar gewesen wie jetzt: In ihrem Kampfe gegen Wucher und Ausbeutung im Innern wie gegen die Bedrohung von außen kann die Arbeiterschaft nur siegen, wenn sie eine starke, schlagkräftige Presse in der Hand hat.

Das deutsche Großkapital vergiftet durch die von ihm gekaufte oder beeinflusste Presse die öffentliche Meinung. Ebenso sucht der französische Imperialismus durch seine Presse den Daleinstampf der deutschen Arbeiterklasse zu erschweren. Gegen diese beiden Gefahren kämpft der

„Vorwärts“.

Arbeiter! Unterstützt diesen Kampf, indem Ihr neue Leser und Freunde für Euer Blatt werbet!

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzusenden. (In Orten außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.

Name _____

Wohnung: _____

_____ Straße Nr. _____

vorn — Hof — Uebergeb. — Seitenst. — Tr. links — rechts

bei _____

Gewerkschaftsbewegung

Lohnbewegung in der Berliner Metallindustrie.

Der Verband Berliner Metallindustrieller sendet uns unter Berufung auf das Pressegesetz folgende Berichtigung:

In der unter dieser Ueberschrift im „Vorwärts“ Nr. 94 vom 25. Februar 1923 abgedruckten Notiz befinden sich mehrfache Unrichtigkeiten, die wir wie folgt richtigstellen:

1. Unrichtig ist, daß die Arbeitgeber die Behauptung aufgestellt hätten, es sei infolge der Senkung des Dollarkurses eine wesentliche Verbilligung aller Produkte eingetreten. Richtig ist vielmehr, daß die Arbeitgeberseite behauptet hat, infolge des gesunkenen Dollarkurses seien die Preise verschiedener, für den Arbeiterhaushalt wesentlicher Lebensmittel und anderer Bedarfsartikel gesunken; wenn demgegenüber vielleicht auch einige Artikel im Preise gestiegen wären, könnte jedenfalls nicht bewiesen werden, daß die Gesamtaufwendungen des Arbeiters seit der mit Wirkung vom 12. Februar 1923 getroffenen Lohnfestsetzung gestiegen seien, so daß eine Lohnerhöhung gerechtfertigt wäre.

Die von einem Vertreter der Arbeitnehmer in objektiver Weise vorgebrachten Zahlen, aus denen sich für einen Teil der Artikel eine Senkung, für einen Teil eine Steigerung der Preise ergab, wurden von Arbeitgeberseite ausdrücklich als richtig anerkannt.

2. Unrichtig ist, daß die Arbeitgeber sich zur Begründung ihres Verlangens, für die nächste Woche müsse auf eine Lohnerhöhung verzichtet werden, darauf berufen hätten, daß diese Lohnwoche steuerfrei sei. Richtig ist vielmehr, daß die steuerfreie Lohnwoche nicht von Arbeitgeberseite, sondern von Arbeitnehmerseite in die Erörterung gezogen wurde, und zwar mit der Behauptung, der Verband Berliner Metallindustrieller hätte den Mitgliedern gegenüber zum Nachteil der Arbeitnehmer nicht die richtige Lohnwoche als steuerfrei bezeichnet. Demgegenüber wurde der Arbeitnehmerseite nachgewiesen und von dieser auch daraufhin anerkannt, daß der Verband Berliner Metallindustrieller seinen Mitgliedern lediglich das wörtlich mitgeteilt hat, was in der Bekanntmachung des Reichsfinanzministers vom 16. Februar 1923 verordnet ist. Die steuerfreie Lohnwoche ist auch im weiteren Verlauf der Verhandlungen in keiner Weise mit der Frage der Lohnerhöhung irgendwie verknüpft worden. Auf das Verlangen der Arbeitnehmerseite, bei der Einbeziehung der Raten der am 12. und 13. Februar gegebenen Abschlagszahlung gewisse Rücksichten walten zu lassen, wurde von Arbeitgeberseite der Vorschlag gemacht, in der Woche vom 26. Februar bis 3. März 1923 von der Einziehung der Raten Abstand zu nehmen und diese auf später zu verschieben. Hierbei wurde hinzugefügt, daß in der Woche vom 5. bis 11. März der Abzug der dann fälligen Raten die Arbeiterchaft nicht so schwer treffen würde, weil in dieser Woche der Verdienst der steuerfreien Woche zur Auszahlung gelangt.

Hierzu kann keine Rede davon sein, daß die Arbeitgeber etwa bei der Frage der Lohnerhöhung versucht hätten, irgendwelche Vorteile aus der Steuerfreiheit einer Lohnwoche zu ziehen. Die steuerfreie Lohnwoche wurde vielmehr nur zur Begründung dafür herangezogen, daß die Einhaltung einer von der Arbeitnehmerchaft übernommenen Verpflichtung ihr durch die Steuerfreiheit der einen Woche erleichtert werde.

Die in dieser Berichtigung aufgestellte Behauptung, daß seit dem letzten Lohnabkommen die Gesamtaufwendungen des Arbeiters nicht gestiegen seien, steht im Widerspruch mit den vom Statistischen Amt der Stadt Berlin herausgegebenen Teuerungszahlen. Nach diesen von uns bereits veröffentlichten Zahlen sind in der Woche vom 12. bis 18. Februar gegenüber der Vorwoche die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnungsmiete um 12,7 Proz. gestiegen. Stärker noch stiegen die Ausgaben für Bekleidung, so daß sich eine durchschnittliche Steigerung von 15,4 Proz. ergibt. Die Zahlen für die Woche vom 19. bis 25. Februar liegen uns noch nicht vor. Doch infolge der Erhöhung der Frachttarife und des Preises für Umlagegetreide auch im März mit einer weiteren Steigerung der Lebenshaltungskosten zu rechnen ist, bedarf keines Beweises.

Wie steht es aber mit den Löhnen der Berliner Metallarbeiter überhaupt? Will der Verband Berliner Metallindustrieller etwa behaupten, diese seien der Teuerung angepasst? Oder will er sich auf die ausländische Konkurrenz berufen? Wenn wir die Wechselkurse heranziehen, dann können wir feststellen, daß der deutsche Arbeiter heute bei weitem der am schlechtesten bezahlte aller modernen Industrieländer — Österreich einbezogen — ist. Wenn wir aber die inneren Teuerungsziffern heranziehen, dann müssen wir die Feststellung machen, daß der Lohn des Berliner Metallarbeiters sich unter dem lebensnotwendigen Existenzminimum befindet.

Es ist uns einfach unverständlich, wie der Verband Berliner Metallindustrieller unter diesen Umständen eine Lohnerhöhung abzulehnen für gut befindet. Ist das etwa der Ausdruck des „verjäherten Geistes“, den das Reichsarbeitsministerium bei Verhandlungen auf der Seite der Unternehmer bemerkt haben will?

Generalversammlung der Berliner Eisenbahner.

Im mündlich gegebenen Geschäftsbericht schilderte der erste Bevollmächtigte Beseler in der Jahresgeneralversammlung in großen Umrissen die von der Ortsverwaltung Berlin des DBP geleistete Arbeit auf Umstellung des Verwaltungsbetriebes und Ausbau der Organisation. Die trotz des gedruckten Geschäftsberichts notwendigen längeren Ausführungen Beselers zeugten von einer umfangreichen Arbeit, die die Ortsverwaltung, die bekanntlich seit 1. Juli vorigen Jahres amtierte, geleistet hat. In der Diskussion mußten selbstverständlich die Kommunisten gegen die Mehrheit der Ortsverwaltung vorgehen, weil sie anderer politischer Meinung ist.

Meinke trat den sogenannten „Oppositionellen“ entgegen und erklärte, daß die besetzten Ortsverwaltungsmitglieder ihre Pflicht voll und ganz getan haben. Der gedruckte Geschäftsbericht ist endlich ein Bericht. Die Angestellten haben es als besondere Pflicht erachtet, auch in jeder Versammlung vertreten zu sein, was früher nicht immer der Fall war.

Banaschak brachte einen Antrag ein, der der Ortsverwaltung zum Vorwurf machte, einen bisherigen gegnerischen Führer als Mitglied aufgenommen zu haben, wofür er allerdings den Beweis schuldig blieb. Der Antrag wurde angenommen. Ein sehr erheblicher Teil allerdings enthielt sich der Stimme, sicherlich wegen ungeklärten Sachverhalts.

Da die Zeit bereits vorgeschritten war, wurde zur Wahl geschritten, ohne daß eine Wahldebatte erfolgte, was naturgemäß nicht dazu angetan war, die Arbeit über die Wahlvorschlüsse den Delegierten zu vermitteln. So kam es, daß wichtige Bestimmungen der Satzungen nicht beachtet wurden und die Liste der Opposition mit 210 Stimmen gegen 205 Stimmen, die auf die Amsterdamer Liste entfielen, gewählt wurde.

Hierzu sei einiges bemerkt. Am Tage der Generalversammlung brachte die „Kasse Fahne“ einen tendenziösen Artikel über die Versuche, zu einer gemeinsamen Liste zu gelangen. Die Schuld an der nicht erfolgten Verständigung soll bei den BSWD-Leuten liegen. Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? In der im Januar stattgefundenen Sitzung der erweiterten Ortsverwaltung wurde über die Neuwahl zur Ortsverwaltung gesprochen. Auf den dringenden Hinweis an die BSWD-Leute, zu sagen, an welchen Stellen sie aus sachlichen Gründen eine Änderung herbeigeführt wissen wollen,

gingen sie nicht ein. Sie hielten eine Generalversammlung für den geeigneten Ort, eine Kritik anzufügen, obwohl sie doch in den verantwortlichen Körperschaften vertreten waren und darin auch die Pflicht hatten, auf Fehler hinzuweisen. In der interfraktionellen Besprechung verlangten die Vertreter der BSWD, ebenfalls zu sagen, wer von den besetzten Verwaltungsmitgliedern unfähig sei oder seine Schuldigkeit nicht erfüllt hat. Wenn der Beweis erbracht werden würde, daß in der Tat Verfehlungen vorgekommen sind, dann ließe die BSWD ohne weiteres über eine Änderung der Besetzung mit sich reden. Lediglich einer Änderung aus dem Grunde die Zu-

Unsere werten Inserenten

machen wir darauf aufmerksam, daß die jeweiligen Anzeigenpreise regelmäßig am Kopf des „Vorwärts“ angezeigt sind / Besondere Benachrichtigung bei Preisänderungen erfolgt nicht!

VORWÄRTS-VERLAG G.m.B.H.

stimmung zu geben, weil der betreffende Angestellte nicht Mitglied der KPD ist, war der BSWD-Fraktion nicht möglich. Im übrigen wurde von den besetzten Kollegen erklärt, daß sie von selbst die Konsequenzen ziehen würden, wenn der Nachweis der Schädigung der Verbandsinteressen erbracht würde. Immer wieder erklärten die BSWD-Leute, daß sie von einer anderen Grundlage ausgehen und auch die Kritik in der Generalversammlung ansehen würden. Die Ortsverwaltung machte alsdann von sich aus noch einen Einigungsversuch. Die BSWD schlug zuletzt vor, jedem bisherigen besetzten Kollegen einen Gegenvorschlag entgegenzusetzen. Die Opposition lehnte diesen Vorschlag ab, nachdem die besetzten Kollegen erklärt hatten, daß sie wohl für die Bestätigung der gewählten Kollegen eintreten würden, jedoch den Vorstand nicht in seinem Bestätigungsrecht bestimmen können. Die Berliner Eisenbahner mögen kühl und nüchtern prüfen, ob die Generalversammlung eine Zeitung gewählt hat, die gewerkschaftliche Arbeit leisten kann.

Bei der Abstimmung über die eingebrachten Anträge mußte die „Opposition“ einsehen, daß ihre Mehrheit doch wackelig ist. Ein Antrag der KPD, die gewerkschaftliche Sammlung für die Ruhrarbeiter nicht zu unterstützen, wurde mit erheblicher Mehrheit abgelehnt.

Die Lehrer schließen sich an.

In einer öffentlichen Versammlung aller Lehrer und Lehrerinnen Groß-Berlins am Freitagabend im Gewerkschaftshaus, die von der Lehrergewerkschaft, die dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund angeschlossen ist einberufen war, referierte Lehrer Bruno Böhm über die Frage: „Warum muß die Bekehrung zum Allgemeinen Deutschen Beamtenbund angedrungen werden?“ Der Redner wies in seinem Vortrag auf die gewaltigen Änderungen hin, welche die Revolution im Berufsleben der Beamten bewirkt hat. Der alte Staat baulde die Beteiligung der Lehrer an politischen Leben nur in beschränkten Grenzen. Demokratie kannte die Lehrerschaft nicht, sondern nur den Unterschied zwischen Autorität und Kollegialität. Der Deutsche Beamtenbund, dem ein Teil der Lehrer angehört, glaube auch keine Ursache zu haben, diese hierüber aufzuklären. Ein Mitbestimmungsrecht gab es für den Lehrer in dienstlichen Dingen nicht. Ausgerüstet mit der Autorität gläubte der Vorgesetzte von oben herab dem Lehrer entgegenzutreten zu müssen. Der Deutsche Beamtenbund bestärkte seine Angehörigen in der Auffassung, daß sie mit dem Arbeiter nicht verglichen werden, auch keine Lohnkämpfe führen dürften. Eine andere Auffassung herrscht in dem neu gegründeten „Allgemeinen Deutschen Beamtenbund“, dem sich bereits ein erheblicher Teil der Lehrerschaft angeschlossen hat. Damit hat sie endlich auch an die große freie Arbeiterbewegung Anschluß gefunden. Nicht nur um die Verbesserung der materiellen Lage handelt es sich dabei, sondern vielmehr noch um die Erfüllung der viel höheren Aufgabe der Heranbildung eines freien Geschlechts. Nicht sollen Hochmut auf der einen, Feigheit und Verzweiflung auf der anderen Seite weiter bestehen. Aufklärung muß verbreitet werden, die Lehrerschaft muß sich dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund anschließen. (Lebhafter Beifall.)

An der folgenden Diskussion beteiligten sich mit Ausführungen im Sinne des Vortrags Weich, Pönsong, Dr. Ausland und Studientrat Blume. Alle Redner betonten, daß die Lehrerschaft mit neuem Geist erfüllt werden müsse, um eine freie, liche Erziehung der Jugend bewirken zu können. Eine besondere Note wurde der Versammlung durch die Mitteilungen des Studientrats Blume über die von ihm geleitete Gemeinschaftsschule auf der Insel Scharfenberg bei Tegel verliehen. Es sind bereits 25 Schüler vorhanden. Alle leben und arbeiten gemeinschaftlich in der Anstalt. Auch landwirtschaftlicher Unterricht wird erteilt. Mit einem Schlußwort des Referenten endete die Versammlung.

Lohnbewegung der Kellerarbeiter.

Vom Deutschen Verbandsbund waren für die in den Weingroßhandlungen und Alkoholbetrieben beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen, Kautschuk- und Kraftwagenführer die Löhne für die erste Hälfte des Monats Februar festgelegt. Zum 16. Februar waren neue Verhandlungen angesetzt. Die Tarifkommission des Arbeitgeberverbandes der Getränkeindustrien erschien jedoch nicht, sondern dessen Syndikus, der in längeren Ausführungen darlegte, daß die Unternehmer nur bereit seien, die alten Löhne auch für die Zeit vom 16. bis 28. Februar zu gewähren. Dieses sonderbare und sehr eigentümliche Verhalten mußte die Verhandlungskommission der Arbeiter ablehnen. Es wurde alsdann der Schlichtungsausschuß zur Entscheidung angerufen, der am Donnerstag einen einstimmigen Schiedsspruch fällte. Anstatt der geforderten 40 Proz. Zulage sieht der Schiedsspruch nur zirkulär 16 Proz. Lohnerhöhung vor. Eine sofortige Erklärung über die Annahme des Schiedspruches lehnten die Arbeitgeber ab; sie wollen die Entscheidung erst morgen, Montag, treffen. Der Lohn beträgt nach dem Schiedsspruch für Arbeiter 52 000 M. pro Woche für die zweite Hälfte des Monats Februar. Die Lohnsätze sind gegen Mitbestimmung des Verbandsbureau, Engelauer 24/25, Zimmer 31 und 38, zu haben.

Löhne der Schuhmacher der Reparaturbranche.

Am Montag fanden vor dem Demobilisierungskommissar erneute Verhandlungen für die Reparaturbranche statt in denen folgende Löhne für die Zeit vom 26. Februar bis 11. März festgelegt und von beiden Parteien unterwürdig anerkannt wurden: Mindestlohn für männliche Arbeiter 1050 M., weibliche Arbeiter 945 M.; Akkordlohn für neue Arbeiten 1050 M. für Reparaturen 945 M. Für orthopädische Betriebe erfolgt ein Zuschlag von 10 Proz. für neue Arbeiten und für männliche Arbeiter im Zeitlohn. Die neuen Tarife sind im Verbandsbureau, Engelauer 24/25, und in den Bezirksversammlungen erhältlich.

Lohnbewegung im Großhandel.

Der Groß-Berliner Arbeitgeberverband des Großhandels lehnte mit Schreiben vom 23. d. M. die Forderung des Deutschen Verbands der Großhändler, einer Revision der Februarabkommen für die Handelsarbeiter stattzugeben, mit der Begründung ab, daß bei Abschluß der Verträge die Teuerungsziffern bekannt waren und überdies für die zweite Hälfte des Monats Februar „erheblich höhere Lohnsätze“ festgelegt worden seien. „Die Einzelhandelspreise“, so heißt es weiter, „haben insbesondere in letzter Zeit eine wesentliche Minderung erfahren“ und darum könne von einer Revision der für den Monat Februar abgeschlossenen Verträge keine Rede sein. Daß die Löhne der Handelsarbeiter aber weit hinter der Teuerung zurückgeblieben sind, vergessen die Herren. Für alle Branchen ist nunmehr die Forderung einer Erhöhung der zuletzt bezahlten Löhne um 75 Proz. für den Monat März eingereicht.

Vom Bergarbeiterstreik im Saargebiet.

Die Bergverwaltung in Saarbrücken sucht dem Streik der Bergleute anstatt auf dem Wege entgegenkommender Verhandlungen durch allerlei Mittelchen beizukommen. So erhielt ein Streikender folgendes Schreiben:

„Auf unserer Liste der Bewerber zur Ansetzung ist Ihr Cousin eingetragen. Sie werden hiermit benachrichtigt, daß der Name Ihres Cousins gestrichen wird, wenn Sie nicht sofort wieder anfahren. Berginspektion 5.“

Ähnliche Schreiben erhielten Streikende, die ihre Söhne zur Grubenarbeit hatten vornehmen lassen. Einem Bergmann, dessen Sohn die Bergschule besucht, wurde die Entlassung seines Sohnes angedroht. Falls er aber Streikbrecher werde, dann würde auch ein zweiter Sohn von ihm sofort angelegt.

In Fischbach sahen Kinder zu, wie Streikbrecher von Polizei und Militär nach Hause begleitet wurden. Dafür wurden die Kinder mit 10 Franken Geldstrafe oder zwei Tagen Haft verurteilt.

Durch solche Kindereien, mit denen Spitzel und Schreiber stark beschäftigt werden, lassen die Bergleute sich nicht irremachen. Dem „Journal des Débats“ wurde aus Straßburg gemeldet, daß die Verhandlungen zwischen den streikenden Bergarbeitern und der Grubenleitung im Saargebiet wieder aufgenommen seien und alles auf einen baldigen Erfolg hindeute. Der Hauptstreikleitung ist davon nichts bekannt. Sie betrachtet die Meldung als einen Versuchsballon.

Auch die Frauen lassen sich zur Beeinflussung ihrer Männer gebrauchen. Mütter nehmen sie in Verhandlungen zum Streik Stellung und erklären, mit ihren Männern den Kampf zu führen, da sie wissen, daß es mit ihm und ihrer Kinder Existenz geht. — Der Werkmeisterbund des Saargebiets (nicht zu verwechseln mit dem Deutschen Werkmeisterverband) erweist sich als Streikbrecherorganisation. Er legitimiert Bergleute als Fahrhauer und schiebt sie zu der örtlichen Streikleitung, damit ihnen Raststandskarten ausgestellt werden sollen.

Ein wilder Streik der Elektrikalisarbeiter in Hannover brach am Freitagnachmittag aus. Den städtischen Arbeitern wird stets der Lohn von fünf bis sieben Tagen einbehalten, was wegen der Verrechnung notwendig sei. Auf Verlangen der Arbeiter wurden von den einbehaltenen Beträgen in Höhe von 30 000 M. zunächst 10 000 M. ausbezahlt, jedoch als Voranschlag, der in Raten von 2000 M. wieder abgezogen werden sollte. Am Sonnabendmittag sollte verhandelt werden, am Freitagnachmittag um 2 Uhr wurde die Arbeit eingestellt. Der Ortsausschuß des ADGB billigte die Forderung der Arbeiter, nicht aber die Art ihrer Durchsetzung und erklärte daher den Streik als gemeinschaftlich und gewerkschaftsfeindlich. Die Streikenden nahmen daraufhin die Arbeit wieder auf bis die Verhandlungen erfolgt sind.

Wahlung, Eisenbahner (DBP). Heute abend 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24-25, wichtige Versammlung sämtlicher BSWD-Leitungsleute und Generalversammlungsdelegierten. Unbedingt notwendig ist das Erscheinen aller Genossen. Partei- und Gewerkschaftsausweis (DBP) legitimiert. Der BSWD-Verbandsausweis. **Städtisches Gewerbe.** Donnerstag nachmittags 5 Uhr in den Oranienhallen, Oranienstraße 106, Versammlung aller BSWD-Betriebsräte und Vertrauensleute. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Strenge Kontrollen. Ohne Funktionenausweis und Parteimitgliedsbuch kein Einlaß. Persönliches und vollständiges Erscheinen erwartet der Ortsausschuß für das graphische Gewerbe. Im Auftrag: Otto Richter.

Aus der Partei.

Beitragsmarken. Der Parteivorstand hat alte Vorräte von Beitragsmarken mit dem Ausbruch 100 usw. auf Lager. Diese können jetzt als Wochenbeiträge verwendet werden. Damit wird eine besondere Herbeiführung, die große Kosten verursachen würde, unnötig. Bestellungen sind an den Parteivorstand, Berlin SW. 08, Lindenstraße 3, zu richten.

„Der Landbote“, Organ für die werktätige Landbevölkerung im Bezirk Halle-Merseburg. Unter diesem Titel erscheint jetzt eine von unterm Halleischen „Volkblatt“-Verlag neu herausgegebene, zweimal wöchentlich verbreitete sozialdemokratische Zeitung, die sich ausschließlich an die Landarbeiter des Bezirks Halle-Merseburg wendet und der Notwendigkeit ihrer Entschloßung bedankt, der nur mit einem sehr geringen Barlohn bezahlten Landarbeiterchaft ein Organ in die Hand zu geben, das sich neben der Wahrung der Interessen des Landproletariats auch die Aufgabe gestellt hat, politische die Leser auf dem Laufenden zu erhalten. Da der „Landbote“ gleichzeitig Publikationsorgan des im Bezirk etwa 50 000 Mitglieder zählenden Deutschen Landarbeiterverbandes ist, so sehen die Herausgeber der Zukunft des „Landboten“ mit Zuversicht entgegen, zumal das Bedürfnis nach einem solchen Organ, nach der bis zur Stunde vorliegenden Nachfrage zu urteilen, ein tatsächlich großes ist. Wir wünschen dem neuen sozialdemokratischen Organ den größten Erfolg.

Verantwortlich für den Inhalt: Fritz Schill, Berlin; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, Bureau 1. Verlag.

Beromanns Zahnpasta
Rosodont
die Sparsamkeit selbst
Seit 70 Jahren bewährt

Husten mit Auswurf
müssen Sie schnellstens beseitigen. Wir rufen Ihnen aus 30 Gramm echtem Fingergelb-Extrakt durch Kautschuk mit 1/2 Tl. Zucker und 7/8 Tl. Wasser eine preiswerte, prompt wirkende Hustenmittel selbst herzustellen. Echtes Fingergelb-Extrakt in jeder Apotheke in allen Apotheken.

Weinbrand **Winkelhausen** Alle Reserve

Straßenbahn als Hergerquelle.

Die Verwaltung der Straßenbahn teilt mit, daß die Abwanderung von Fahrgästen seit einiger Zeit erfreulicherweise zum Stillstand gekommen ist. Um so mehr sollte die Verwaltung bemüht sein, gerade jetzt keine Politik der Vereitelung zu betreiben.

Unverantwortliche Mieterstreikpropaganda.

Nur planmäßige Arbeit führt zum Ziel. Wir haben bereits im gestrigen Abendblatt auf die im Augenblick unverantwortliche Förderung eines Mieterstreiks hingewiesen.

Riesendachstuhlbrand in Charlottenburg.

Großfeuer kam am Montag nachmittag in der vierten Stunde in Charlottenburg am Bahnhof Wilmersdorf, vermutlich durch Brandstiftung, zum Ausbruch und verursachte einen Schaden von mehreren Millionen Mark.

Prozess Morvilius.

Das Diebeslager in der Kurfürstendamm-Wohnung. In der Vernehmung der Angeklagten Frau Röber wurde zunächst fortgesetzt. Es ergab sich, daß die Angeklagte eine prächtige Wohnung am Kurfürstendamm besaß und dort heimlich Glücksspiele veranstaltete.

Angeklagten in ihren Aussagen immer wieder zurückhalten, unterbricht sie Frau Röber temperamentvoll mit dem Zuruf: „Gebt doch zu!“ worauf ihr der Vorsitzende antwortet: „Ich bin Ihnen zwar sehr dankbar, Frau, Röber, wenn Sie mich unterstützen, aber es ist wirklich nicht notwendig.“

Die Geschäfte Novarra.

In der gestern fortgesetzten Verhandlung gegen Direktor Novarra und Genossen wurde zunächst in der Erörterung des Falles Fröhlich fortgesetzt. Der Zeuge Fröhlich betonte eifrig, daß er für eine Arbeitsgemeinschaft bei der Kleider-Vertriebsgesellschaft 7500 Anzüge bestellt habe.

Kino Brand während einer Kindervorstellung.

In einem kleinen Kinotheater in der Wiener Straße 34, nahe dem Gärtnicher Bahnhof, brach am gestrigen Sonntag nachmittag während einer Kindervorstellung Feuer im Vorführungsraum aus, das zu einer starken Verqualmung des Theaters führte.

Ein unheimlicher Fund beschäftigt die Kriminalpolizei.

Im Vorgarten des Hauses Friedrichstraße 7a lag gestern morgen auf einem Buchstabenstrauch eine flutdrückante Frauenuntertaile. Sie wurde beschlagnahmt. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei der Galenfeer Wache nach der Herkunft hatten noch keinen Erfolg.

(Schwarzdruck verboten. Der Wolff-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

„Mir ist jetzt besser,“ sagte Judkins. „Wollen noch ein bißchen Cognac holen gehen.“ „Bin hungrig,“ erwiderte Chrisfield. „Die alte Frau da drüben soll uns ein paar Eier kochen.“

„Komm hierher,“ flüsterte er. „Wißt du Käse?“ Eine Menge Käse war auf dem Brett aufgeschichtet und leuchtete hell in dem Mondlicht, das zur Tür hereinkam.

Die Kompagnie war in der Dorfstraße mit ihrem Gepäck aufmarschiert und wartete auf die Befehle zum Vorwärtsmarschieren. Dünne Streifen weißen Nebels lagen noch in den Bäumen über den kleinen Gärten.

(Fortsetzung folgt.)

Stand des Sechstages-Rennens.

Die gestrigen Vormittags- und Mittagsstunden sind ruhig verlaufen. Die 3-Uhr-Nachmittags-Wertung ergab die Reihenfolge: A. Hühler, Krupat, Hahn, D. Zieg und Bauer.

Das Tempelhofener Feld als Flughafen. Die Stadt Berlin bemüht sich seit langem um das Tempelhofener Feld, das bekanntlich Eigentum des Reichswehrministeriums ist.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Heute abend dänisch 7 Uhr im Central-Theater, Alte Jakobstr. 30/32.

Nadel und Schere. Die dritte allgemeine Faschadausstellung, verbunden mit Bekleidungsarbeiten-Ausstellung der Arbeiterhochschule, findet am 28. Februar, 1. und 2. März d. J. im Hotelbau 'Friedrichshagen' statt.

Das Landesfinanzamt Groß-Berlin. Kdt. für Besch. und Verlegh. stellt die Annahmestellen für die Zwangsanleihe im Inferatenteil der vorliegenden Nummer mit.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 11. Kreis. Mittwoch, den 28. Februar, pünktlich 7 1/2 Uhr, im Sitzungssaal der Arbeiterhochschule im Neuen Rathaus, Sitzung aller Stabs- und Bezirksvereine...

Heute, Dienstag, den 27. Februar.

88. Vst. Reichsa. Die Einbürgerung des Gen. Daxer findet nachmittags 5 Uhr im Atomatorium Baumfischweg statt.

Morgen, Mittwoch, den 28. Februar.

- 2. Vst. 7 1/2 Uhr Abklingende: Lokal Schulz, Stadtdirektorstr. 29. Ref. Genosse August Teeterson; Lokal Gensler, Dudenstr. 107/8, Ref. Gen. Diefel...

- 17. Vst. 7 Uhr Abklingende: Lokale Schulz, Stadtdirektorstr. 29. Ref. Genosse August Teeterson; Lokal Gensler, Dudenstr. 107/8, Ref. Gen. Diefel...

- 24. Vst. 7 1/2 Uhr Abklingende: Lokale Schulz, Stadtdirektorstr. 29. Ref. Genosse August Teeterson; Lokal Gensler, Dudenstr. 107/8, Ref. Gen. Diefel...

- 31. Vst. 7 1/2 Uhr Abklingende: Lokale Schulz, Stadtdirektorstr. 29. Ref. Genosse August Teeterson; Lokal Gensler, Dudenstr. 107/8, Ref. Gen. Diefel...

- 38. Vst. 7 1/2 Uhr Abklingende: Lokale Schulz, Stadtdirektorstr. 29. Ref. Genosse August Teeterson; Lokal Gensler, Dudenstr. 107/8, Ref. Gen. Diefel...

- 45. Vst. 7 1/2 Uhr Abklingende: Lokale Schulz, Stadtdirektorstr. 29. Ref. Genosse August Teeterson; Lokal Gensler, Dudenstr. 107/8, Ref. Gen. Diefel...

Arbeiter-Sport

Sportliche Erziehungskunst.

Man hat erkannt, daß es nicht genügt, wenn der Fußballspieler, der Schwimmer, der Hockenspieler oder Skiläufer in seinem Sportzweig trainiert und ausgebildet ist, man hat erkannt, daß die Leistungsfähigkeit auf allen Gebieten des Sportes von der Erziehungskunst des Sportes abhängt.

Berliner Schwimmer in Breslau.

Anlaßlich eines zweitägigen Schwimmfestes des Schwimmvereins 'Poseidon'-Breslau am 17. und 18. Februar starteten die 'Freien Schwimmer'-Neutöln und die Berliner Schwimm-Union.

- Ergebnisse. Männerwetts 8 mal 50 Meter bei 1. Neutöln 3:55, 2. Breslau 4:00, 3. Berliner Schwimm-Union 4:05...

Fußball.

Im Südwest-Berlin fand das Spiel der Abteilungsmeister (A-C) Rommes-Waldener statt. Rommes hat die Führung, während die Waldener...

Wasserballerienplekä März 1923.

- 1. A. A. März Stadtbl. Prenzlauer Tor Freiheit-Neutöln, 6. März Stadtbl. Prenzlauer Tor Freiheit-Neutöln...

Berichte über Berliner Sonntags-Sportveranstaltungen

müssen mit den Resultaten bis Montag nachmittag

Heute, Dienstag, den 27. Februar.

- Waldhofs. Jugendheim Lokal von Roffel, Hauptstr. 10. Vortrag: 'Der Bau des menschlichen Körpers'...

n Händen der Redaktion sein, wenn sie im 'Arbeiter-Sport' Veröffentlichung finden sollen. Später eintreffende Berichte können wegen Mangel an Material auch zu einem späteren Termin nicht mehr veröffentlicht werden.

Berliner Fußballer im Elbebezirk. Am Sonntag, den 18. Februar 1923, weichte die Fußballabteilung des Elbebezirks in Langenmünde zu Gast, um gegen den dortigen Kreismeister Fortuna ein Freundschaftsspiel auszutragen.

Zu der bevorstehenden Eröffnung des Sportplatzes am Hippodrom hält Stadtrat Dr. Harms einen Vortrag mit Lichtbildern über 'Sport und Gesundheit' Mittwoch, den 28. Februar, abends 8 Uhr, im Fall-Realgymnasium, Bülowstr. 84 d. Karten an der Abendkasse.

Ergebnisse des Ehren-Artisten-Wettkreises vom 28. Januar in Altem Festsaal. (Bericht fortgesetzt). Siehe auch Nr. 48 des 'Arbeiter-Sport'. 1. (3.) Willards, Akrobaten (Lebe an der Welle)...

Kartellverband für Sport und Körperpflege.

Die Generalversammlung des Kartellverbandes findet ihre Fortsetzung am Sonntag, den 10. März, abends 6 Uhr, in der Schulaula Weidenerstr. 16. Jeder Delegierte muß mit dem Ausweis seines Vereines, Abteilung, Gruppe usw. versehen sein.

G. C. Zaidl 42-Siegfeld 66 1:2. Reihe Berlin trocken bis am Sonntag im Ausstellungsraum am die Kreismeisterschaft des U. S. D. In allen Klassen gab es außerst scharfe Kämpfe, ein Beweis, wie gut der Winter im U. S. D. ausgefallen ist.

Im Bericht über das Schwimmfest der 'Freien', den wir am 18. Februar veröffentlichten, muß es richtig heißen, daß 'S. E. I.' und nicht 'S. E. I. C.' bei der Veranstaltung beteiligt war.

Freie Turnerschaft 'Jahn', Berlin-Charlottenburg. Dienstag, den 27. 2. 23. 8 Uhr, Sitzung aller Funktionäre im Lokal Poseidon (früher Post). Im März, den 28. 2. 23. 7 1/2 Uhr, Aufnahmungen aller Abteilungen.

1. Bezirk (Nied.) und U. S. D. des 1. Kreises H. T. und Sportklub. Freitag, den 2. März 1923, abends 8 Uhr, Bezirksversammlung, Baumfischweg 11/17. Tagesordnung: Der Kartellverband und die Arbeiter-Sportbewegung.

2. Bezirk (Nied.) und U. S. D. des 2. Kreises H. T. und Sportklub. Freitag, den 2. März 1923, abends 8 Uhr, Bezirksversammlung, Baumfischweg 11/17. Tagesordnung: Der Kartellverband und die Arbeiter-Sportbewegung.

3. Bezirk (Nied.) und U. S. D. des 3. Kreises H. T. und Sportklub. Freitag, den 2. März 1923, abends 8 Uhr, Bezirksversammlung, Baumfischweg 11/17. Tagesordnung: Der Kartellverband und die Arbeiter-Sportbewegung.

4. Bezirk (Nied.) und U. S. D. des 4. Kreises H. T. und Sportklub. Freitag, den 2. März 1923, abends 8 Uhr, Bezirksversammlung, Baumfischweg 11/17. Tagesordnung: Der Kartellverband und die Arbeiter-Sportbewegung.

5. Bezirk (Nied.) und U. S. D. des 5. Kreises H. T. und Sportklub. Freitag, den 2. März 1923, abends 8 Uhr, Bezirksversammlung, Baumfischweg 11/17. Tagesordnung: Der Kartellverband und die Arbeiter-Sportbewegung.

6. Bezirk (Nied.) und U. S. D. des 6. Kreises H. T. und Sportklub. Freitag, den 2. März 1923, abends 8 Uhr, Bezirksversammlung, Baumfischweg 11/17. Tagesordnung: Der Kartellverband und die Arbeiter-Sportbewegung.

7. Bezirk (Nied.) und U. S. D. des 7. Kreises H. T. und Sportklub. Freitag, den 2. März 1923, abends 8 Uhr, Bezirksversammlung, Baumfischweg 11/17. Tagesordnung: Der Kartellverband und die Arbeiter-Sportbewegung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

- Republikanischer Jugendbund Schwarz-Rot-Gold. Am 27. Februar, Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal 'Die politische Lage und was ist jetzt zu tun?' Referent: Georg Heise. Gäste willkommen.

Landwirtschaftsetat.

Der Preussische Landtag setzte gestern zu Beginn der Sitzung zunächst die zweite Beratung des Landwirtschaftsetats fort. Abg. Graf zu Stolberg-Wernigerode (D. Sp.) wandte sich gegen die Zuckermangelswirtschaft. Sie sei der Ruin der Zuckerfabriken und führe zum Rückgang der Zuckeraufschüttung. Der Redner kritisierte dann die Praxis des Berliner Milchamtes und die hohen Eisenbahnfrachtarife.

Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf:

Die Ernährung der Bevölkerung ist die wichtigste Aufgabe der Gegenwart. Das Preussische Landwirtschaftsministerium tut sein Möglichstes, um den Nahrungsbedarf der Bevölkerung zu vergrößern. Der Einbruch ins Ruhrgebiet erschwert noch mehr als bisher die Heranschaffung ausländischer Nahrungsmittel. Trotz alledem muß alles getan werden, um die Ernährung der erwerbstätigen Bevölkerung, vor allem der

Bevölkerung des Ruhrgebietes

sicherzustellen. Ich danke der Landwirtschaft für die Ruhrhilfe, für die reichen Spenden zugunsten der Bewohner des Ruhrgebietes. Ich erlaube die Landwirtschaft, in der Opferwilligkeit nicht zu erlahmen; denn noch wissen niemand, wie lange die Befreiung dauern wird, und welche Schmerzen folgen sich noch einstellen werden. Die Brotgetreideernte hat gegenüber dem Vorjahre einer beträchtlichen Ausfall zu verzeichnen. Ein Glück war die gute Kartoffelernte. Die Heuernte wiederum war schwach, sowohl quantitativ wie qualitativ. Hauptsache ist und bleibt der

Starke Ausfall bei der Brotgetreideernte

Der Brotgetreideertrag beträgt heute auf den Kopf der Bevölkerung weniger als die Hälfte von 1913. Die Umlage ist deshalb durchaus nicht, wie es verschiedentlich in der Presse betont wurde, ein Papperstiel für die Landwirtschaft. Sie bedeutet für die Landwirte eine schwer wirtschaftliche und finanzielle Belastung. Der neu angelegte Umlagegetreidepreis ist sicherlich hoch für die Konsumenten, aber nicht zu hoch verglichen mit dem landwirtschaftlichen Produktionsindex. Die Mittel zur Fortführung der landwirtschaftlichen Produktion müssen den Landwirten in die Hand gegeben werden; sie entscheiden über das Sein oder Nichtsein in der Ernährungsfrage.

Ich verleihe die Wünsche der Landwirtschaft, bald für das nächste Jahr klar zu sehen. Die Kartoffel wird weiter frei bleiben können. Aber niemand wird die Verantwortung für die Sicherung der Brotversorgung bei freier Wirtschaft übernehmen können. Die Nachteile des Umlageverfahrens muß man allerdings ausschalten. Diese Härten will der neue preussische Entwurf beseitigen. Das Entscheidende an dem Entwurf ist der Zwang zur Produktionssteigerung, der mit der Bestimmung verbunden ist, daß die Landwirtschaft den Gegenwert für das Getreide nicht in Geld, sondern in Sachwerten, in Düngemitteln erhalten soll. Im Ziel sind wir uns einig:

Steigerung der Produktion

Sicherung der Brotversorgung und der Rentabilität der Landwirtschaft. Diesen Zielen dient auch der Entwurf. Für Roor- und Dedlandkultur wird übrigens ein neuer Gesetzentwurf ganz erhebliche Mittel zur Verfügung stellen. Ein anderer Entwurf will der landwirtschaftlichen Genossenschaften erhöhtes Betriebskapital darlehensweise verschaffen.

Abg. Barteld (Hannover) erklärt, die Siedlung sei aus nationalen, wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Gründen eine der dringendsten Aufgaben der Gegenwart. Wäre der Osten so vernünftig besiedelt wie der Westen, dann wären wir viel unabhängiger vom Ausland. Die Unterbringung der ostmärkischen Flüchtlinge sei dringend notwendig. Für den Großgrundbesitz sei hier Gelegenheit für eine wirtschaftliche nationale Tat. (Lebhafte Zustimmung Links und in der Mitte.) Der Redner empfiehlt dann zur Dedlandkultur die Einführung einer Arbeitsdienstpflicht nach bulgarischem Muster.

Abg. Brandenburg (Soz.):

Einigkeit bestand im Ausschuss und besteht auch im Plenum in der Frage der Notwendigkeit der Produktionssteigerung. Nicht ganz so einig ist man bereits, wenn es sich darum handelt, zur Steigerung der Produktion eine vernünftige Arbeiterpolitik zu treiben. Wenn die Herren von rechts den Wirtschaftskreis in der Landwirtschaft haben wollen, dann müssen sie endlich einmal den Forderungen der Landarbeiterschaft Rechnung tragen. Das gilt besonders für die Erledigung der Arbeitsfreigabe. Solange der Weg hierfür nicht reichsweit geregelt ist, verlangen wir eine Novelle, die die landwirtschaftlichen Arbeiterkrisenfragen an besondere Spruchkammern überweist. Der bisherige Weg monatelangen Wartens ist nicht mehr gangbar. Schlichtungsausschüsse haben nur dann einen Wert, wenn verbindliche Tarifverträge vorliegen. Die Spruchkammern müssen den Gewerbergerichten angegliedert werden. Ferner fordern wir Klarheit und humane Regelung in der Frage der Werkwohnungen. Es ist noch immer so, daß Landarbeiter, wenn sie entlassen werden, mit Hund und Kegel auf die Straße gesetzt werden. Kein Wunder, wenn noch immer die Landflucht besteht. Die Klagen über Arbeitermangel würden rasch verstanden, wenn man für unsere Forderungen etwas mehr Verständnis hätte. Die Agrarier brauchen dann auch nicht sich nach ausländischen Arbeitskräften umzusehen. Noch immer haben sich die Arbeitgeber in der Landwirtschaft nicht daran gewöhnt, in dem Arbeiter einen gleichberechtigten Faktor zu sehen. Man braucht sich nur den Geist etwas näher anzusehen, der in so manchem Rundschreiben der agrarischen Arbeitgeberverbände zum Ausdruck kommt. So hieß es vor kurzem erst in einem Rundschreiben des Göttinger Kreises: Erst Bewilligung unserer Umlagegetreidepreisforderungen, dann Lohn erhöhungen! (Hört, hört links.) Nur durch regelrechte Tarifabschlüsse sind die Schwierigkeiten zu beheben. Die Zahlen, die hier von verschiedenen Seiten für die Notwendigkeit der Technischen Nothilfe vorgeführt wurden, sind für uns nicht überzeugend, schon deswegen nicht, weil es auch Zahlen gibt, die sich mit dem Schaben befassen, der durch die Arbeitgeber in der Landwirtschaft angerichtet wurde. Es ist kein Zweifel, daß die Technische Nothilfe in der Landwirtschaft fort mihbräucht wird. Ich erinnere nur an die Vorgänge im Kreise Ruppin. Was nützt die schönsten Richtlinien für die Technische Nothilfe, wenn im entscheidenden Augenblick der Landrat von Ruppin schließlich alle Arbeiten als Noistandsarbeiten bezeichnet und die Schupo alarmiert. Kann man sich da wundern, wenn die Landarbeiter die Technische Nothilfe nur als eine

Haftlich inszenierte Streikbrechergarde

betrachten? Das ist auch der Grund, weshalb unsere Genossen im Reichstag dies Mittel für die Technische Nothilfe verweigert haben.

Das Landwirtschaftsministerium hat uns eine Uebersicht der land- und forstwirtschaftlichen Privatbetriebe vorgelegt, in welchen trotz des Vorhandenseins der geschlossenen Voraussetzungen keine Betriebsvertretungen bestehen. Interessant ist in dieser Uebersicht, daß im Westen die

Betriebsvertretungen

gewählt sind. Sie fehlen hauptsächlich im Osten. Warum? Die Antwort ist leicht. Man muß sich nur die in der Uebersicht angegebenen Gründe des Fehlens der Betriebsvertretung genauer ansehen und man weiß schnell Bescheid. Es heißt da z. B.: „Passives Verhalten der Arbeiter“, „Arbeiter lehnen rundweg die Wahl eines Betriebsrates ab“, „Arbeiter bezeigen kein Interesse für die Wahl“. Ich richte die Frage an das Ministerium, wie sind bei der Anfertigung dieser Uebersicht die Gründe festgestellt worden? Die Arbeitnehmerorganisationen wissen von

An unsere Leser und Freunde!

Das 7500fache des Vorkriegspreises kostet das Zeitungsdrukpapier ab 15. Februar, und schon ist für März eine weitere Erhöhung angekündigt. In gleichem Tempo steigen die Preise für alle Druckmaterialien wie Metall, Farbe, Oel usw. sowie für Elektrizität und Kohle, demzufolge die Buchdruckereien sich gezwungen gesehen haben, den Friedenspreis für Druck um 307 000 Prozent zu erhöhen. Weitere Steigerungen sind im März zu erwarten. Dieses ganz wahrnehmbare Emporschnellen der Preise trifft insbesondere die sozialdemokratische Presse ganz außerordentlich, da ein dem Hochgehen der Preise entsprechender Bezugspreis von einem erheblichen Teil unserer Leser nur unter größten Opfern getragen werden kann. Wir müssen für März nach sorgsamster Prüfung, aber ohne volle Berücksichtigung des im März noch steigenden Zeitungspapierpreises, den Bezugspreis auf 5 800 Mark festsetzen, der, wie im Vormonat, soweit unsere Abonnenten den ganzen Betrag nicht auf einmal zahlen wollen, in Halb- und Viertelraten kassiert wird. Unsere Leser und Genossen werden an der enormen Steigerung der Papier- und Druckpreise erkennen, daß der Bezugspreis aufs Kaupfse bemessen ist.

Wir haben das volle Vertrauen zu unseren Genossen und Freunden, daß sie alles aufbieten werden, im Interesse unserer Parteidemokratie den Monnetenstand des „Vorwärts“ zu erhalten und zu steigern. Dieses Vertrauen wird durch den erfreulichen Umstand gestärkt, daß der „Vorwärts“ im Monat Februar, trotz der vorausgegangenen außerordentlichen Preissteigerung, seine Auflage nicht nur halten, sondern noch erhöhen konnte.

Verlag und Redaktion des „Vorwärts“.

Diesen Fragen jedenfalls nichts. Das Landwirtschaftsministerium kann sicher sein, daß die Landarbeiter über die „Gründe“ des Fehlens der Betriebsvertretung in der amtlichen Statistik hell aufpassen.

Die Deutschnationalen wollen nichts wissen von der Umlage. Dieselben Herren sind aber gar nicht so umlagefeindlich, wenn es sich um Sammlungen im eigenen Kreise handelt. Ich habe hier vor mir ein Schreiben, das diese Parteimitglieder auffordert, ihren Parteibeitrag in Roggenwährung

z. B. drei Zentner Roggen, sobald als möglich abzuliefern. Wenn es sich also um die Parteilasse handelt, denkt man weniger engherzig über das Umlageprinzip. (Hört, hört links.)

Herr Schäfer-Goldberg von den Deutschnationalen entzifferte sich am Sonnabend hier, daß der Opferwille der Landwirtschaft angezweifelt werde. Darf ich die Herren von rechts daran erinnern, daß die deutschnationale Presse schon jetzt schreibt, die führenden Sozialdemokraten, darunter Seeger und Braun befehlen einen neuen Dolchstoß vor? Die Herren von rechts vergessen, daß der Kampf an der Ruhr vorwiegend ein Kampf der sozialistischen Massen — (großer Lärm rechts) — ich wiederhole, vorzugsweise ein Kampf der sozialistischen Massen ist. (Neuer Lärm rechts.) Wollen Sie etwa bestreiten, daß der größte Teil der Arbeiter im Ruhrgebiet aus Sozialisten besteht? Wir warnen die Herren von rechts, ihrem alten Dolchstoßschwindel eine neue ähnliche freche Lüge hinzuzufügen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach weiteren Ausführungen des Kommunisten Stellerup, des Zentrumsmannes Reisinger, der den neuen Umlagepreis unverständlich hoch findet, und des Abgeordneten Stendel von der Deutschen Volkspartei erklärte Minister Dr. Wendorf zur Siedlungsfrage, daß der preussische Staat in zwei Jahren

55 Domänenvorwerke für Besiedlung

zur Verfügung gestellt habe. Die Bemessung der Entschädigung für den enteigneten Grund und Boden sei Gegenstand eines richterlichen Verfahrens beim Oberlandesstrassamt.

Damit schließt die allgemeine Aussprache und das Haus verlegt sich auf Dienstag 12 Uhr: Spezialberatung des Landwirtschaftsetats. Schluß 1/8 Uhr.

Die Fraktion des Preussischen Landtags hat zur zweiten Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung folgende Entschlüsse eingebracht:

1. Zweck der Versorgung der Landwirtschaft mit künstlichem Dünger wird vom Reich, den Ländern, den Gemeinden, den landwirtschaftlichen und Verbraucherorganisationen eine G. m. b. H. gegründet, die unter Ausschließung jeglicher Gewinnerzielung die Beschaffung und Fabrikation des künstlichen Düngers vornimmt.
2. Das Reich stellt zu diesem Zweck der G. m. b. H. einen Kredit von 50 Milliarden Mark zur Verfügung.
3. Die Länder und Gemeinden beteiligen sich gleichfalls finanziell an der G. m. b. H. Diese Einlagen können in Kaltschmelz sowie Kalk- und Phosphatvorkommen oder sonstiger künstlichen Dünger erzeugenden Betrieben bestehen.
4. Der Landwirtschaft wird der künstliche Dünger auf Kredit geliefert; die Bezahlung erfolgt in landwirtschaftlichen Produkten, deren Preis berechnet wird nach dem Preis des gefertigten künstlichen Düngers. Länder und Gemeinden, die sich mit den unter 3 genannten Anlagen an der G. m. b. H. beteiligen, werden vorzugsweise mit diesen Produkten beliefert.

Wirtschaft

Verfallerscheinungen.

Wer die Vorgänge im wirtschaftlichen Leben Deutschlands in der Nachkriegszeit aufmerksam verfolgt hat, wird sich der gewiß recht bedauerlichen Tatsache nicht verschließen können, daß auf einer ganzen Reihe von Gebieten sich deutlich Verfallssymptome zeigen, die für die Zukunft ungebührliche Bedeutung gewinnen können. Es ist zuzugeden, daß der schwere Druck der Reparationen und die fortgesetzte Beunruhigung durch politische und militärische Sanktionen wesentlich dazu beigetragen haben, die Unternehmungskraft des einzelnen wie der Gesamtheit stark zu beeinträchtigen. Wir sehen, daß seit Jahr und Tag im Kleinen wie im Großen wirtschaftliche Dispositionen nur noch für den gegenwärtigen Augenblick, äußerlich selten aber auf lange Sicht getroffen werden. Das gilt zum Beispiel schon von der Zelle unseres Volkes und unserer Volkswirtschaft, vom Familienhaushalt. Die Schwierigkeiten, mit denen heute jede einzelne Haushaltung zu kämpfen hat, führen zu einer sehr bedenklichen Vernachlässigung der Ausbildung der heranwachsenden Generation. Die Familienväter sehen sich genötigt, ihre schulfähigen Kinder in Stellungen unterzubringen, wo ihnen vom ersten Tage an ein gewisses Einkommen — und sei es auch noch so klein — winkt. Eine geregelte Ausbildung durch eine gediegene Handwerkslehre oder dergleichen scheint in vielen Fällen undurchführbar. Infolgedessen schrumpft die Zahl der Qualitätsarbeiter in Deutschland von Jahr zu Jahr mehr zusammen, es droht uns schon in naher Zukunft eine starke Verschlechterung unserer technischen Leistungsfähigkeit. Der Krieg hat das Heer unserer Spezialarbeiter ohnehin schon dezimiert, es bedürfte gerade jetzt einer besonders planmäßigen Heranbildung des Nachwuchses, wenn unsere Industrie wieder zur früheren Höhe der Leistungsfähigkeit gebracht werden sollte. Wir werden um so eher auf die Stufe europäischer Lohnniveaus herabsinken, je weniger wir für die Wiederherstellung des früheren Bildungsniveaus unserer Arbeitermassen tun. Wenn heute die Familie nicht mehr imstande ist, der heranwachsenden Jugend eine entsprechende Ausbildung anzudeuten zu lassen, so sollten der Staat, die großen Wirtschaftsverbände und die industriellen Unternehmungen sich um so schneller entschließen, hier in die Bresche zu springen und helfend einzugreifen. Auf der anderen Seite sehen wir aber auch in der Industrie selbst eine ungenügende Ausnutzung technischer und wissenschaftlicher Fortschritte. Der Zusammenschluß der einzelnen Gewerbe zu Syndikaten und ähnlichen Wirtschaftsorganisationen hat es mit sich gebracht, daß die Preise der gewerblichen Erzeugnisse unter weitgehender Berücksichtigung der schwächeren, d. h. meist technisch rückständigeren Unternehmungen festgesetzt werden. Hierdurch wird der freie Wettbewerb unterbunden und damit eine wichtige Quelle der technischen Erneuerung in der kapitalistischen Wirtschaft verschüttet. Die besser organisierten Betriebe sind ebenfalls vielfach davon abgelenkt worden, ihren Produktionsapparat auf der Höhe der Zeit zu halten, da sie ja mit den alten Maschinen und Einrichtungen unter dem Schutze der Valutakonjunktur und der Verbandspreise noch immer reichliche Gewinne erzielen. Die schädlichen Wirkungen dieser Rückständigkeit treten augenblicklich noch nicht ganz klar zutage, da Deutschland an der Weltmarktkonkurrenz bisher unter besonders vorteilhaften Bedingungen (untermeritorische Valuta) teilnahm. Sobald aber in dieser Beziehung normale Verhältnisse wiederkehren, wird sich zeigen, daß sowohl unsere technischen Mittel, wie auch die Ausbildung unserer jüngeren Arbeiter sich nicht auf der Höhe der Zeit befinden. Es wird einer starken staatlichen Wirtschafts- und Erziehungspolitik bedürfen, um einen weiteren Verfall aufzuhalten und die Privatwirtschaften in dieser Hinsicht im Interesse der gesamten Volkswirtschaft wieder zu Höchstleistungen anzu-spannen. (Ständehaus, 11. März.)

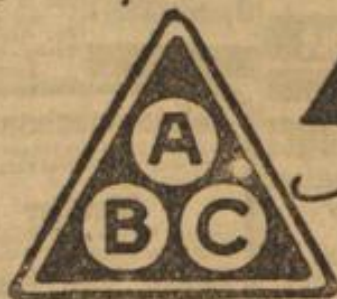
Zur Stützungsfaktion der Reichsbank. Verschiedene Mitglieder des Finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates haben beantragt, bei der Reichsregierung anzufordern, ob sie bereit sei, über Anlauf und Durchführung der Intervention der Reichsbank auf dem Devisenmarkt namentlich darüber Auskunft zu geben, warum diese Intervention nicht schon vor der letzten großen Devisensteigerung und zu deren Verhütung vorgenommen wurde. Eine zweite Anfrage verlangt Auskunft darüber, warum die Vorbereitungen für die Ausgabe einer wertbeständigen inneren Anleihe bis jetzt gedauert haben. Der Finanzpolitische Ausschuss wird sich am 1. März mit diesen Fragen beschäftigen.

Erschwernisse der Konsumvereine in den neu besetzten Gebieten. Der Konsumverein „Eintracht“ in Effen, mit einem Monatsumsatz im Januar von 2,228 Milliarden Mark und 100 Milliarden Mark Mitglieder-geschäftsguthaben, berichtet, daß der Einbruch der fremden Armeen in das Ruhrgebiet auch ihm große Schwierigkeiten gebracht hat. Die dem gewalttätigen Einfall folgenden Verkehrsstockungen und Streiks brachten die Lebensmittelversorgung tagelang zum Erliegen, wodurch die Genossenschaft gezwungen war, den größten Teil ihrer Waren aus dem unbesetzten Gebiet mittels Lastautos heranzuholen. In einer Woche allein wurden auf diese Weise 800 Tonnen herangebracht, eine große Leistung, wenn man bedenkt, daß die Waren zum Teil mehr denn 150 Kilometer weit geholt werden mußten. Der Genossenschaft sind dadurch ganz ungeheure Kosten erwachsen, die nur zu einem geringen Teil durch Zuschüsse im Warenpreise wieder heringebracht werden konnten. — Ähnliche Berichte liegen aus dem neu besetzten badischen Gebiet vor. Am 4. Februar ist die Kreisstadt Offenburg nebst einer Reihe Ortschaften von den Franzosen besetzt worden. Diese Besetzung hat auch die Konsumgenossenschaftsbewegung unmittelbar betroffen. Der Bezirkskonsumverein Baden-Baden unterhält in den Bezirken Offenburg und Bahr Warenverteilungsstellen. Durch die Abschneidung vom Verkehr gestaltet sich der Geschäftsbetrieb für den Bezirkskonsumverein Baden-Baden äußerst schwierig. Im neu-besetzten Gebiet liegt die Verteilungsstelle Offenburg. Drei weitere Verteilungsstellen, Gengenbach, Zell a. Harnersbach und Bahr, liegen südlich bzw. östlich von Offenburg. Mit der Eisenbahn können diese Orte von der Zentrale Baden-Baden aus nicht erreicht werden. Bisher war es nur möglich, mittels Kraftwagen die Verbindung zwischen diesen Verteilungsstellen und der Zentrale unter erheblichen Opfern aufrechtzuerhalten.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtliche Notierungen nachzutragen: 100 österreichische Kronen abgestempelt 32,11 Geld, 32,29 Brief; 1 tschechische Krone 669,32 Geld, 672,31 Brief; 1 bulgarische Lewa 130,17 Geld, 130,83 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 215,46 Geld, 216,54 Brief. 1 Polenmark galt im freien Verkehr etwa 47 Pfennige.

Weiter bis Mittwoch mittag. Wärmer, zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt, mit leichten Regenschauern bei starken südlichen, später westlichen Winden.

IVO PUCHONNY



BATSCHARI

handgemachte CIGARETTEN

in höchster Vollendung.

